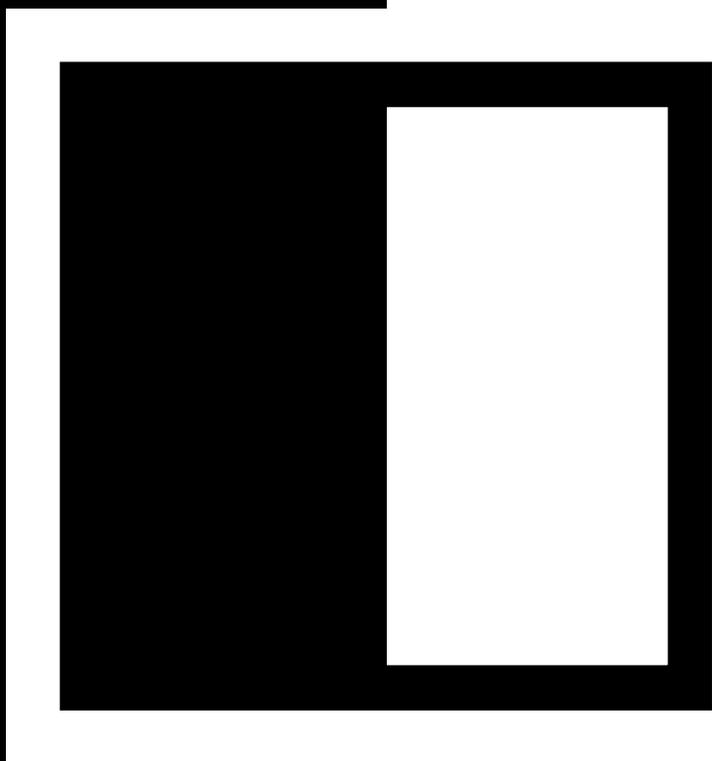


kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



EUROPÄISCHE STRATEGIEN

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

1 | Februar 2013

Europäische Strategien

Steigendes Armutsrisiko in Europa	4
Vorschläge zur Lösung der Krise im Euroraum	7
Das Europäische Parlament als Opfer der Demokratiekrise	11
Plädoyer für mehr Demokratie in Europa	14
Von der Überwindung der Grenzen	18
Gleichgestellte Frau sucht gleichgestellten Mann	22
Der Bologna-Prozess kritisch betrachtet	24
Macht uns der neue Bachelor dumm?	27
Bologna und die internationale Mobilität	29

Spektrum

Tagung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung	32
Nachbarschaft als Ressource zur Gesundheitsförderung	33
Präventionsprogramm beugt Übergewicht vor	35

Buchtipps	37
------------------	----

Veranstaltungen	39
------------------------	----

Baustelle Europa

Dass wir auch heuer wieder mit einer EU-Ausgabe beginnen, hat neben der Aktualität des Themas (Stichwort: EU-Budget) einen pragmatischen Grund: die alljährliche Exkursion mit Sozialwirtschaftsstudierenden nach Brüssel, an der regelmäßig auch Mitglieder der Redaktion teilnehmen. Was uns diesmal besonders auffiel: Überall im Brüsseler „EU-Viertel“ wird gebaut, ragen Baukräne in den – meist bedeckten – Himmel, versperren Bauzäune den Weg; so unter anderem an der Place Schuman, wo sich das Kommissions- und das Ratsgebäude befinden. Die Metapher drängt sich auf: Auch in der europäischen Politik gibt es jede Menge Baustellen – einerseits ein Zeichen dafür, dass etwas weitergeht, andererseits ein Hinweis darauf, dass vieles noch nicht befriedigend gelöst ist.

Einige wesentliche „Baustellen“ werden in diesem Heft angesprochen: Allen voran die Beschäftigungspolitik, mit der es in vielen Staaten nicht gerade zum besten steht: Elf Prozent beträgt die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der EU derzeit, die Jugendarbeitslosigkeit liegt deutlich über 20 Prozent und in manchen Krisenstaaten sogar über 50 Prozent. Als Gegenmaßnahme hat die EU-Kommission ein Beschäftigungspaket vorgelegt, das die Mitgliedstaaten unter anderem dazu aufruft, Qualifikationen in den Bereichen mit dem größten Beschäftigungspotenzial (Grüne Wirtschaft, Gesundheitswesen, IKT) zu fördern, um hier für langfristige Jobperspektiven zu sorgen. Laut Kommission wird darüber hinaus ein „wirksameres System zur makroökonomischen Steuerung“ benötigt (vgl. Beitrag S. 4).

WirtschaftsforscherInnen der deutschen Hans-Böckler-Stiftung fordern vor allem eine Abkehr von der gegenwärtigen Austeritätspolitik, welche die Krise eher verschärft als bekämpft. So hätten neuere Berechnungen ergeben, dass jeder Euro, den der Staat einspart, das BIP um gut zwei Euro senkt, was in der Folge sinkende Steuereinnahmen und steigende Ausgaben etwa für Arbeitslosenunterstützung bedeutet. Die WirtschaftsforscherInnen fordern insofern eine zeitliche Streckung der Sparanstrengungen. Auch sollten die Krisenländer ihre Konsolidierung weniger auf konjunkturschädigende Ausgabenkürzungen stützen, sondern stärker auf die Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen (vgl. Beitrag S. 7).

Die Bildungspolitik liegt Studierenden naturgemäß besonders am Herzen. Aus den nachstehenden Beiträgen zum Bologna-Prozess (S. 24ff) geht hervor, dass die Zielsetzung, einen einheitlichen europäischen Hochschulraum mit vergleichbaren Abschlüssen zu schaffen und somit mehr studentische Mobilität zu ermöglichen, zwar grundsätzlich begrüßt, an der Umsetzung jedoch einiges bekrittelt wird: Aufgrund der Vorgaben verkomme das Studium zu einer „Jagd nach ECTS-Punkten“, woraus zwar ein schnelleres Studieren resultiere, eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Materie aber verunmöglicht werde, so ein zentraler Kritikpunkt. Um studentische Bedürfnisse besser berücksichtigen zu können, wird eine stärkere Einbeziehung der Betroffenen bzw. ihrer VertreterInnen in die (gesamteuropäischen) Entscheidungsprozesse verlangt – eine Forderung, die nicht nur in Hochschulbelangen ihre Berechtigung hat, meint

Ihre Kontraste-Redaktion

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Grundlegende Richtung:

Als Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik berichten die Kontraste über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen sowie über relevante sozialwissenschaftliche Erkenntnisse, sowohl in Österreich als auch international.

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Der Verein „Sozialwissenschaftliche Vereinigung“, mit Unterstützung der Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik. Die Sozialwissenschaftliche Vereinigung hat ihren Sitz in Linz (Adresse: Altenbergerstr. 69, 4040 Linz). Zweck des Vereines ist die Förderung der Sozial-

wissenschaften. Dazu gehören die Veranstaltung von Tagungen und Symposien, das Verlegen und Verbreiten von Druckschriften, die praxisrelevante Vermittlung von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, die Förderung der Zusammenarbeit von Theoretikern und Praktikern sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Verein ist unabhängig und parteipolitisch nicht gebunden. Er arbeitet auf gemeinnütziger Basis.

Vereinsvorstand: Dr. Christine Stelzer-Orthofer (Vorsitzende), Univ.Prof. Dr. Johann Bacher (Vorsitzender-Stellv.), Univ.Prof. Dr. Josef Weidenholzer (Vorsitzender-Stellv.), Irene Auinger (Kassierin), Dr. Johanna Klammer (Kassierin-Stellv.), Dr. Angela Wegscheider (Schriftführerin), Manfred Lipp (Schriftführer-Stellv.).

Steigendes Armutsrisiko in Europa

Der Jahresbericht 2012 zu Beschäftigung und sozialer Lage in Europa konstatiert aufgrund der massiv gestiegenen Arbeitslosigkeit eine wachsende Gefahr langfristiger Ausgrenzung.

Nach fünf Jahren Wirtschaftskrise und einem erneuten Konjunkturreinbruch im Jahr 2012 erreicht die Arbeitslosigkeit Werte, die es seit rund 20 Jahren nicht mehr gegeben hat, die Einkommen der Haushalte sind geschrumpft und Armuts- und Ausgrenzungsrisiko steigen, besonders in den Mitgliedstaaten im Süden und Osten Europas – dies ist die ernüchternde Bilanz der Ausgabe 2012 des Berichts „*Employment and Social Developments in Europe Review*“ (Überprüfung der Entwicklungen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales in Europa), den die Europäische Kommission Anfang Jänner veröffentlicht hat. Die Auswirkungen der Krise auf die soziale Lage machen sich nun deutlicher bemerkbar, da sich die anfängliche Abfederungswirkung niedrigerer Steuereinnahmen und höherer Aufwendungen für Sozialleistungen (sogenannte „automatische Stabilisatoren“) abgeschwächt hat. Es tut sich eine neue Schere auf zwischen Ländern, die in einer Abwärtsspirale aus sinkender Produktivität, rasant steigender Arbeitslosigkeit und schrumpfendem verfügbarem Einkommen der Haushalte gefangen zu sein scheinen, und Ländern, die der Krise bisher gut standgehalten oder wenigstens eine gewisse Widerstandsfähigkeit gezeigt haben. Letztere weisen in der Regel effizientere Arbeitsmärkte und stabilere Sozialfürsorgesysteme auf, so der Bericht.

„Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der sich verschlechternden sozialen Lage war 2012 ein weiteres miserables Jahr für Europa“, so der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, László Andor. „Unsere Analyse hat jedoch ergeben, dass die Mitgliedstaaten mithilfe geeigneter arbeitsmarktpolitischer Reformen und einer besseren Ausgestaltung der Sozialfürsorgesysteme wirtschaftlichen Erschütterungen besser standhalten und die Krise schneller überwinden können. Es ist zudem unwahrscheinlich, dass sich die sozioökonomische Lage in Europa 2013 wesentlich verbessern wird, es sei denn, es gelingt, die Überwindung der Eurokrise glaubwürdig weiter voranzutreiben, die Ressourcen für dringend benötigte

Investitionen zu schaffen, unter anderem im Bereich Kompetenzaufbau, Beschäftigungsfähigkeit und soziale Integration, und die Finanzwirtschaft in den Dienst der Realwirtschaft zu stellen.“

Im Euroraum geht die Schere weiter auseinander

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der EU liegt nun bei rund 11 Prozent, über 26 Millionen Menschen sind ohne Job. Der Bericht zeigt eine neue Form des Auseinanderdriftens auf – am eklatantesten sind die Unterschiede zwischen den nördlichen und den südlichen Ländern des Euroraums. Im Jahr 2000 lag die Differenz bei der Arbeitslosenquote zwischen beiden Gebieten bei 3,5 Prozentpunkten, 2007 sank sie auf Null, danach wuchs sie jedoch rasch an und erreichte 7,5 Prozentpunkte im Jahr 2011. Während in Ländern wie Österreich, den Niederlanden oder Deutschland die Arbeitslosenrate um fünf Prozent liegt, hat in den Krisenländern Griechenland und Spanien rund jeder Vierte keine Arbeit und die Jugendarbeitslosigkeit liegt in diesen Ländern deutlich über 50 Prozent. Auch außerhalb des Euroraums vergrößern sich die Diskrepanzen, wenn auch nicht ganz so stark. So betrug etwa die Jugendarbeitslosigkeit im November EU-weit 23,7 Prozent und im Euro-Raum 24,4 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte die Jugendarbeitslosenrate in der Euro-Zone noch 21,6 Prozent betragen und in der gesamten EU 22,2 Prozent.

Diese besorgniserregende Entwicklung macht für die Kommission deutlich, dass dringend ein wirksames System zur makroökonomischen Stabilisierung benötigt wird, was auch in der laufenden Debatte über eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion zum Ausdruck kommt. Ein weiteres Ergebnis der Analyse im Bericht ist, dass sich Arbeitslosen in denjenigen Mitgliedstaaten, die Reformen zur Dynamisierung ihres Arbeitsmarktes durchgesetzt haben, auch in der Krise bessere Chancen bieten, eine neue Stelle zu finden. Derartige Reformen hat die EU-Kommission in ihrem Beschäftigungspaket vom April 2012 (siehe Infobox) und im Jahreswachstumsbericht 2013 gefordert; ausführlich thematisiert werden sie im Rahmen des Europäischen Semesters 2013 und den damit einhergehenden länderspezifischen Empfehlungen.

Schrumpfende Haushaltseinkommen, Gefahr langfristiger Ausgrenzung

Die Gefahr, in die Armut abzurutschen, bzw. die Chancen, wieder aus der Armut Falle herauszukommen, sind in den einzelnen Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich ausgeprägt. Hierbei sind bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker gefährdet als andere: So sind

junge Menschen, arbeitslose Frauen und alleinerziehende Mütter besonders von dauerhafter Armut bedroht. Mangels einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung wurden die Einkommen der Haushalte in den meisten Mitgliedstaaten in Mitleidenschaft gezogen und eine langfristige Ausgrenzung droht schneller. Das Bruttorealeinkommen, das den Haushalten zur Verfügung steht, ist von 2009 bis 2011 in zwei Drittel der EU-Staaten, für die Daten vorliegen, geschrumpft.

Aus dem Bericht geht hervor, dass in diesen drei Jahren Lettland mit einem Minus von 22,5 Prozent am schlechtesten abschnitt. Griechenland liegt mit 17,1 Prozent Einbußen auf dem zweiten Platz. Zahlen für 2012 gibt es noch nicht. Hinter Lettland und Griechenland kommen Irland und Estland (je -10%), Spanien (-7,4%), Zypern (-7,1%), Italien (-4,7%), Ungarn (-4,1%), die Niederlande (-2,4%), Portugal (-2%), Slowenien (-1,8%), Österreich (-0,8%), Belgien (-0,6%)

Beschäftigungspaket der EU-Kommission

Im April des Vorjahres hat die EU-Kommission eine Reihe von Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen vorgelegt. Als Bereiche mit dem größten Beschäftigungspotenzial werden die grüne Wirtschaft, das Gesundheitswesen und die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) gesehen. Es wird betont, dass die EU-Politik eine ausgeprägte beschäftigungs- und sozialpolitische Dimension braucht. Mit dem Beschäftigungspaket wird zudem eine stärkere Koordinierung und ein intensiveres Monitoring der Beschäftigungspolitik auf EU-Ebene angestrebt.

Um ihre nationale Beschäftigungspolitik zu stärken, sollen die Mitgliedstaaten laut Kommissionsvorschlag vor allem:

- *günstige Bedingungen für die Entstehung von Arbeitsplätzen und die Nachfrage nach Arbeitskräften schaffen, z.B. durch Einstellungszuschüsse für neu geschaffene Arbeitsplätze, eine (budgetneutrale) Abkehr von Steuern auf Arbeit zugunsten von Umweltsteuern oder die Unterstützung selbständiger Erwerbstätigkeit;*
- *das Jobpotenzial zukunftssträchtiger Bereiche (s.o.) nutzen, grüne Arbeitsplätze in ihre nationalen Beschäftigungspläne aufnehmen sowie für bessere Informationen zu „grünen“ Qualifikationen sorgen;*
- *die Planung und Prognose des Fachkräftebedarfs im Gesundheitswesen verbessern. Diesen Fachkräften sollen langfristige Jobperspektiven geboten werden, weiters soll der Austausch über innovative und wirksame Einstellungs- und Behaltestrategien im*

Gesundheitsbereich gefördert werden.

- *eine Steigerung der Zahl hochqualifizierter IKT-Kräfte unterstützen und digitale Kompetenzen bei allen Arbeitskräften fördern.*
- *menschenwürdige und nachhaltige Entgelte festlegen und Niedriglohnfallen vermeiden;*
- *für geeignete vertragliche Vereinbarungen sorgen, um den exzessiven Einsatz atypischer Arbeitsverträge zu unterbinden. Die Kommission betont auch die Notwendigkeit, jungen Menschen Chancen zu bieten und das lebenslange Lernen weiter auszubauen.*
- *Als Antwort auf das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage werden höhere Investitionen in Qualifikationen sowie eine bessere Antizipation des Qualifikationsbedarfs gefordert.*
- *Um die Arbeitskräftemobilität zu verbessern und Hindernisse für die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu beseitigen, setzt sich die Kommission für Verbesserungen bei der Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen und der steuerlichen Behandlung von GrenzgängerInnen ein. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Arbeitsuchenden zu erlauben, ihre Arbeitslosenleistungen (für bis zu 6 Monate) in ein anderes Land zu exportieren.*
- *Das EURES-Portal für Arbeitsuchende soll laut Kommissionsvorschlag in „ein echtes europäisches Instrument für die Arbeitsvermittlung“ umgebaut werden. Geplant sind Online-Selbstbedienungsanwendungen, die den NutzerInnen einen Überblick über europäische Jobangebote geben.*

und Tschechien (-0,2%). Diesen 14 EU-Ländern mit einem geschrumpften Haushaltseinkommen stehen acht Staaten mit Steigerungen gegenüber. Es sind das Schweden (+6,8%), Polen (+4,5%), Dänemark +4,4%), Finnland (+4,1%), die Slowakei (+2,8%), Deutschland (+1,9%), Frankreich (+1,1%) und Großbritannien (+0,5%). Obwohl in den letztgenannten Ländern aufgrund der Sozialsysteme und der widerstandsfähigeren Arbeitsmärkte auch während der Krise das Gesamteinkommen weiter steigen konnte, wird betont, dass durch die anhaltende Krise aber überall die Gefahr einer dauerhaften Ausgrenzung wächst.

Um zu verhindern, dass sich die Zunahme von Armut und Ausgrenzung verfestigt, müssen der Kommission zufolge die Maßnahmen speziell auf die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sowie auf die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen abgestimmt werden. In der ersten Jahreshälfte will die Kommission ein Maßnahmenpaket zu sozialen Investitionen auflegen. Damit will sie den Mitgliedstaaten dabei helfen, angesichts des zunehmenden Drucks, der auf privaten und öffentlichen Ressourcen lastet, geeignete, nachhaltige und wirksame sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen, mit denen der soziale Zusammenhalt gestärkt werden soll.

Ausgestaltung von Sozial- und Steuersystem entscheidend

Bei der Armutsbekämpfung ist die Ausgestaltung der einzelstaatlichen Sozialfürsorgesysteme ebenso wichtig wie ihr Ausmaß – so führen vergleichbare Aufwendungen für Sozialleistungen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen bei der Eindämmung der Armut. Steuererleichterungen können stark auf die Beschäftigungssituation einwirken, aber auch zusätzliche Maßnahmen wie Kinderbetreuungsangebote, die einen starken Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung insbesondere für Frauen bieten, werden dazu als geeignet erachtet.

Ebenso entscheidend ist die Gestaltung der Einnahmenseite des Wohlfahrtsstaates. Laut Kommission wirkt eine Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf andere Faktoren wie CO₂-Emissionen oder Eigentum, wie sie im Beschäftigungspaket und den Länderspezifischen Empfehlungen 2012 vorgeschlagen wird, beschäftigungsfördernd. Bezüglich der Verteilung seien bei der Umgestaltung der Besteuerung jedoch mit Umsicht alternative Besteuerungsgrundlagen zu eruieren, die die Mindereinnahmen infolge der niedrigeren Besteuerung des Faktors Arbeit auffangen. Die Analyse hat ergeben, dass es vom Standpunkt einer integrierten Beschäftigungs- und Sozialpolitik

aus keine optimale Umverteilung der Steuerlast gibt, dass aber eine zweckdienliche Ausgestaltung des Sozialwesens bestimmte Verlagerungen der steuerlichen Belastung wünschenswerter erscheinen lässt.

Löhne sind nicht allein ein Kostenfaktor, sondern stellen das Einkommen dar, mit dem die Menschen Waren und Dienstleistungen kaufen können. So ließe sich zwar mit Lohnkürzungen möglicherweise die Wettbewerbsfähigkeit steigern, doch würde gleichzeitig die Binnennachfrage nach der Produktion der Unternehmen geschwächt, was zu Arbeitsplatzverlusten führen kann. Der den Arbeitskräften zufallende Anteil des von der Wirtschaft generierten Gesamteinkommens ist in Europa im vergangenen Jahrzehnt zurückgegangen. Dabei hat sich die Schere zwischen gut und gering bezahlten Tätigkeiten weiter geöffnet. Bei den Gehältern besteht nach wie vor ein großer Unterschied zwischen Männern und Frauen (2010 betrug die Differenz im EU-Durchschnitt 16,4 Prozent). Dabei nimmt die Diskrepanz mit dem Alter der Arbeitskraft zu.

Die Ergebnisse der Analyse der Mindestlöhne zeigen, dass Geringqualifizierte in Ländern mit höheren Mindestlöhnen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht eingebüßt haben, sondern dass ihre Beschäftigungsquote in diesen Ländern sogar tendenziell höher ist. Mindestlöhne können auch dazu führen, dass das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern geringer ausfällt. Daher ist im Beschäftigungspaket 2012 verankert, dass mit strukturellen Arbeitsmarktreformen menschenwürdige und nachhaltige Löhne gewährleistet und Niedriglohnfallen umgangen werden sollten, unter anderem durch Festsetzung angemessener Mindestlöhne.

Kompetenzen

Arbeitskräfte müssen die für eine bestimmte Stelle benötigten Fähigkeiten mitbringen. Gemäß dem Bericht besteht in einigen Ländern, insbesondere im südlichen Teil Europas, ein Missverhältnis zwischen Kompetenzen und Stellenanforderungen bzw. dieses Verhältnis hat sich verschlechtert. Besonders stark betroffen ist die große und weiterhin wachsende Gruppe der jungen Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvierten (NEET). Abhilfe schaffen sollen hier die geplanten Maßnahmen des Pakets zur Jugendbeschäftigung, die darauf abzielen, dass alle arbeitslosen jungen Menschen Zugang zu einer schulischen oder beruflichen Weiterbildung bzw. einem gewinnbringenden Praktikum oder Ausbildungsplatz bekommen, was ihre Chancen erhöht, einen Arbeitsplatz zu finden.

Um das Missverhältnis bei den Kompetenzen abzumildern, fordert die Kommission die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Investitionen in die berufliche und schulische Bildung sowie ihre Aufwendungen für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu optimieren und die Schaffung hochqualifizierter Stellen in Wachstumsbranchen wie der Umweltindustrie und -technologie, den Informations- und Kommunikationstechnologien und dem Gesundheitssektor zu fördern.

Wo Arbeitskräfte mit den jeweiligen Kompetenzen benötigt werden, lässt sich am EU-Kompetenzpanorama ablesen, das vor kurzem gestartet wurde. Wenn eine bestimmte Qualifikation im eigenen Land nicht gefragt ist, gibt es häufig entsprechende Stellenangebote in einem anderen Mitgliedstaat, was jedoch für

die Betroffenen möglicherweise nur schwer herauszufinden ist. Die Europäische Kommission hat kürzlich einen Beschluss zur Modernisierung und Verbesserung des EU-weiten Beschäftigungsnetzes EURES angenommen. Hierdurch soll es für Arbeitsuchende einfacher werden, Kontakt zu Arbeitgebern aufzunehmen, die Arbeitskräfte mit bestimmten Qualifikationen in allen Mitgliedstaaten suchen. Außerdem soll hervorgehoben werden, in welchen Branchen und Berufen Arbeitskräftemangel herrscht, und es sollen spezielle Mobilitätsprogramme für junge Menschen unterstützt werden.

Quellen: EU Press Releases, 08.01.2013; 18.04.2012; www.orf.at, 09.01.2013

Vorschläge zur Lösung der Krise im Euroraum

WirtschaftsforscherInnen der Hans-Böckler-Stiftung ziehen eine Zwischenbilanz der Eurokrise. Sie sehen zwar Fortschritte bei der Krisenbewältigung, eine richtige Strategie sei aber noch nicht erkennbar.

Die Krise im Euroraum ist nur mit allen Mitgliedsländern der Währungsunion und ohne weitere Schuldenschnitte lösbar. Die Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von Euro-Krisenländern zu kaufen, die Empfehlung des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Konsolidierungsziele zeitlich zu strecken und die Erklärung des deutschen Finanzministers, keinen Staatsbankrott Griechenlands zuzulassen, weisen daher in die richtige Richtung. Allerdings beschränken sich Regierungen und europäische Institutionen trotz dieser Fortschritte weiterhin auf eine Minimalstrategie, die sich zu stark auf einen konjunkturschädlichen Sparkurs konzentriert. So sei bestenfalls eine zeitweilige Stabilisierung möglich, aber keine dauerhafte Überwindung der Krise. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Untersuchung, in der das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung eine Zwischenbilanz der Eurokrise zieht.¹

¹ Gustav Horn, Fabian Lindner, Silke Tober, Andrew Watt: Quo vadis Krise? Zwischenbilanz und Konzept für

Fundamentale Krisenursachen wurden kaum thematisiert

„Zweieinhalb Jahre nach Ausbruch der Krise bietet sich ein durchwachsenes Bild: Die wirtschaftliche Entwicklung in den Krisenländern ist als Folge der überzogen harten Sparpolitik desaströs und belastet zunehmend den gesamten Währungsraum. Politik und Zentralbank bewegen sich immerhin langsam in die richtige Richtung, aber Rückfälle sind jederzeit möglich.“, sagt Gustav A. Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. „Die EZB hat endlich ihre Rolle als derzeit wichtigster Pfeiler der Währungsunion übernommen. Der IWF und sogar die [deutsche] Bundesregierung scheinen von ihrer kurzsichtigen Austeritätsfixierung abzulassen, mit der sich viele Länder des Euroraums in die Rezession gespart haben. Die Erkenntnis breitet sich aus, dass wir solides Wachstum brauchen, um Europas Staatsfinanzen zu sanieren.“

Das unterstrichen auch neue Studien des IWF (s.u.). „Darauf sollte man aufbauen. Aber der grundsätzliche Paradigmenwechsel steht noch aus“, so Horn. „Nach wie vor dominieren Lesarten, welche die Krise sehr einseitig mit dem angeblich unsoliden Ausgabeverhalten der „Südländer“ erklären. Das geht am Kern des Problems vorbei. In dieser Situation irrluchtern immer wieder brandgefährliche Forderungen nach einem weiteren Schuldenschnitt durch die öffentliche Debatte oder gar nach Möglichkeiten, Euroländer Pleite gehen zu lassen.“

einen stabilen Euroraum, IMK Report Nr. 75, Oktober 2012. Download: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_75_2012.pdf

Es sei zwar denkbar, dass die aktuelle Strategie „infolge eng begrenzter Rettungsaktionen der Regierungen und der Zentralbank über Jahre hinweg Bestand hat“, schreiben die WissenschaftlerInnen. Angesichts „mangelnden Vertrauens und übermäßiger Konsolidierungsmaßnahmen“, die das Wachstum in Europa schädigten, sei sie jedoch letztendlich nicht zielführend. Die tiefer liegenden Ursachen, fundamentale Probleme in der institutionellen Architektur der Währungsunion, würden von der europäischen Politik noch kaum thematisiert.

Vier Schritte aus der Vertrauenskrise

Die WirtschaftsforscherInnen sehen aber gute Chancen, dass der Euroraum dauerhaft aus der Krise herauswachsen kann, wenn der erforderliche Strategiewechsel umgesetzt wird. Sie haben ein Konzept für Wege aus der Vertrauenskrise im Euroraum erarbeitet. Kurzfristig schlagen sie vor:

1. Bereitschaft der Europäischen Zentralbank (EZB), unbegrenzt zu intervenieren: Hier hat die Notenbank Anfang September bereits den entscheidenden Schritt getan. Sie erklärte, unter bestimmten Umständen unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenländern kaufen zu wollen, um die Renditen dieser Wertpapiere auf ein erträgliches Niveau zurückzuführen.

2. Bekenntnis der Regierungen aller Euroländer, die Krise gemeinsam zu bewältigen: Das heißt, kein Staat muss aus dem Euro ausscheiden, auch Griechenland nicht. Genauso wenig wird es weitere Schuldenschnitte geben. Damit zögen die Europäer die richtigen Schlussfolgerungen aus den negativen Erfahrungen mit dem griechischen Schuldenschnitt, betonen die ForscherInnen. Dieser habe ein zweites „Lehman-Moment“ für den Euroraum dargestellt: Durch die massiv gestiegene Verunsicherung auf den Finanzmärkten gerieten auch die Staatsanleihen von Spanien oder Italien erheblich unter Druck – und damit auch die Banken in diesen Ländern. „Eine Art von Schuldentilgungsfonds wäre ein praktikabler Weg, diese Zielsetzung institutionell umzusetzen“, meinen die ForscherInnen. Denn bei einer gemeinschaftlichen Garantie aller Schulden über eine Schuldenquote von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Eurolands hinaus würden sich die Zinsaufschläge für etliche Staaten stark zurückbilden.

3. Regeln nicht nur für den Abbau von Staatsschulden, sondern auch von Leistungsbilanzungleichgewichten: Der von den Euroländern Anfang März 2012 beschlossene Fiskalpakt fokussiert auf die Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten. „Wichtiger als die Höhe der ma-

ximalen Schuldenstandsquote ist in diesem Zusammenhang, wie diese fiskalpolitisch zu erreichen ist“, schreiben die ForscherInnen. Die jetzigen Regeln trieben die Krisenstaaten immer weiter in die Rezession, warnen sie. Es wäre besser, einen Ausgabenpfad festzulegen und einen Teil der Steuereinnahmen aus einer konjunkturabhängigen Steuerart, beispielsweise der Einkommensteuer, für die Rückführung der Schulden vorzusehen.

Zudem „liegen der gegenwärtigen Krise nicht primär die hohe Staatsverschuldung zugrunde, sondern Leistungsbilanzungleichgewichte“, so die Analyse. Stark unterschiedliche Leistungsbilanzsalden deuten unabhängig vom Vorzeichen auf sich anbahnende Zahlungsbilanzprobleme hin: auf eine übermäßige Verschuldung des Privatsektors oder des Staats im Ausland bzw. auf einen übermäßigen Aufbau von Forderungen gegenüber dem Ausland.

Da die Geldpolitik „Eurolands“ im Grundsatz einheitlich ist, ist zur Bewältigung der länderspezifischen Probleme in erster Linie die Fiskalpolitik gefordert, erläutert das IMK. In Defizitländern wie Griechenland oder Spanien müsse die Fiskalpolitik restriktiver ausgerichtet werden, wenn sich keine Besserung der Außenhandelsposition einstellt – zum Beispiel über höhere Steuern.

„Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen müssen hingegen ihre Binnennachfrage steigern – auch unter Einsatz der Fiskalpolitik.“ Eine Möglichkeit wären verstärkte Investitionen des Staates. Das würde das Wachstum im Inland und den Export der Krisenländer anregen. „Kehrt sich das Wachstumsgefälle im Euroraum dergestalt um, so ist eine Überwindung der Ungleichgewichte im Euroraum auch ohne eine Verletzung des Inflationsziels der EZB möglich“, prognostiziert das IMK.

Für die Zukunft empfehlen die ÖkonomInnen einen Sanktionsmechanismus, um gefährliche Leistungsbilanzungleichgewichte zu verhindern: Für Staaten, die gegen die Ausgleichsstrategie verstoßen, würden Strafzahlungen fällig, beispielsweise in einen der Strukturfonds der EU. Anders als bisher müssten Sanktionen symmetrisch konstruiert sein, sie gälten also gleichermaßen für Überschuss- wie für Defizitländer.

4. Zeitliche Streckung der Sparanstrengungen: Für alle Länder gelte, „dass die Sparmaßnahmen zeitlich gestreckt werden müssen“, schreiben die ForscherInnen. Die hohe negative Wirkung von Ausgabenkürzungen während der Krise führe derzeit in eine Sackgasse. Vorübergehend sollten die Steuern auf Spitzeneinkom-

men im gesamten Euroraum heraufgesetzt werden, um die in der internationalen Finanzkrise aufgebaute zusätzliche Verschuldung zu reduzieren.

Dass eine derartige Politik letztlich erfolgreicher sei, zeigten auch die Simulationsrechnungen, die ein Konsortium aus IMK, OFCE (Paris) und ECLM (Kopenhagen) durchgeführt hat. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass eine gestreckte Konsolidierungsstrategie, die vereinbar mit den rechtlichen Bestimmungen wäre, durch stärkeres Wachstum die Schuldenstände in den Krisenländern in den kommenden 20 Jahren stärker zurückführen könnte als die bisherige Sparpolitik. Auch Untersuchungen des IWF bestätigten, „dass eine graduelle Konsolidierungsstrategie insbesondere bei einer großen negativen Produktionslücke einem Sparkurs im Hauruck-Verfahren deutlich überlegen ist“, schreiben die Forscher. Zudem sollten die Krisenländer ihre Konsolidierung weniger auf besonders konjunkturschädliche Ausgabenkürzungen stützen, sondern stärker auf die Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen. Schließlich lägen die Staatseinnahmequoten in allen Krisenländern außer Italien deutlich unter dem Durchschnitt des Euroraums.

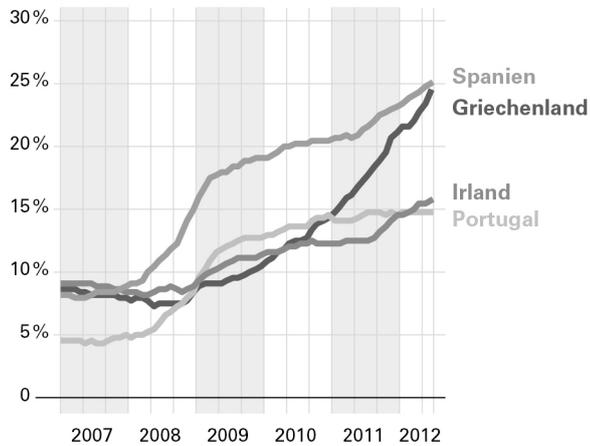
Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2013

Auch in ihrem wirtschaftspolitischen Jahresausblick für 2013 fordern IMK-ForscherInnen ein Ende der überharten Sparprogramme in den Euro-Krisenländern, weil diese dort die staatlichen Schuldenstände mittlerweile sogar eher erhöhen als reduzieren. Parallel dazu empfehlen die ForscherInnen, dass Staaten mit entsprechenden Spielräumen durch fiskal- und lohnpolitische Impulse die Konjunktur unterstützen. Hier ist aus Sicht des IMK insbesondere die deutsche Politik gefragt. Durch eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen kann sie zwei Ziele erreichen: Erstens käme die Modernisierung von Infrastruktur und Bildungssystem in Deutschland voran. Zweitens würde die höhere Binnennachfrage den Handelspartnern im Euroraum größere Exportmöglichkeiten eröffnen. Zur Stabilisierung der Binnennachfrage durch eine stärkere, produktivitätsorientierte Lohnentwicklung würden auch Reformen am Arbeitsmarkt beitragen, etwa ein allgemeiner Mindestlohn und einfachere Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen.²

² Im Detail siehe: Gustav Horn, Sebastian Gechert, Alexander Herzog-Stein, Katja Rietzler, Sabine Ste-

Sparpolitik treibt Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquoten entwickelten sich in ...

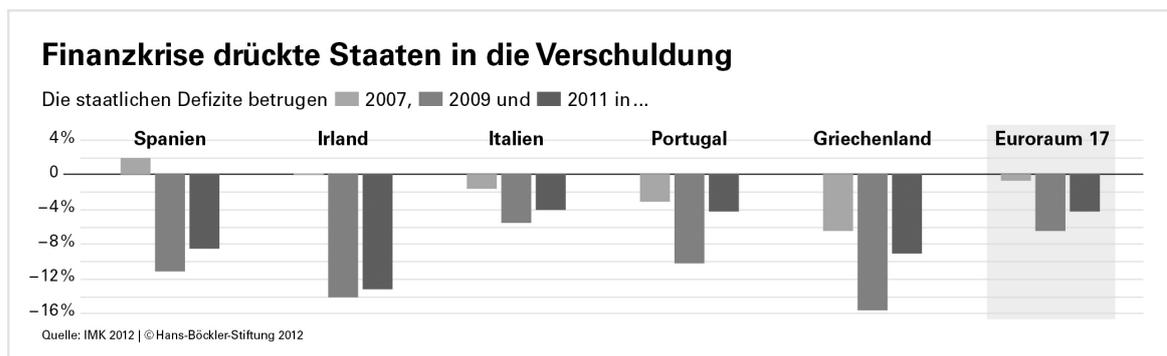


Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Das IMK hat seine Prognose für die deutsche Wirtschaftsentwicklung in seiner aktuellen Prognose zwar etwas hinaufgesetzt – um 0,4 Prozentpunkte auf 0,8 Prozent Wachstum im Jahresdurchschnitt 2013. Dazu trägt neben dem privaten Konsum im Inland ein relativ stabiler Export deutscher Waren nach Osteuropa, Asien und Amerika wesentlich bei. Dieser kann aber die gravierende Nachfrageschwäche im Euroraum nicht auf Dauer ausgleichen. „Die deutsche Wirtschaft wird sich in diesem Jahr über Wasser halten können. Doch die Rezession im Euroraum hängt ihr wie ein Gewicht an den Füßen. Schon allein deshalb ist es in unserem Interesse, dass unsere Nachbarn möglichst schnell wieder auf einen Wachstumspfad zurückfinden“, sagte IMK-Direktor Gustav A. Horn bei der Präsentation des Berichts Anfang Jänner in Berlin. Nach der IMK-Prognose wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Durchschnitt der Euroländer in diesem Jahr um 0,5 Prozent schrumpfen – nach einem Rückgang um 0,4 Prozent 2012. „Eine Abkehr vom Austeritätskurs ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass 2013 zum Jahr einer Trendwende wird“, so Horn.

Zu Beginn des neuen Jahres registrieren die ForscherInnen dazu widersprüchliche Signale. Einerseits habe die Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB),

phan, Silke Tober, Andrew Watt: Inmitten der Krise des Euroraums: Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2013. IMK Report Nr. 79, Januar 2013. Download: <www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_79_2013.pdf>



gegebenenfalls auf dem Sekundärmarkt für Staatsanleihen zu intervenieren, Misstrauen und Spekulation auf den Finanzmärkten beruhigt und so die Zinsforderungen an Krisenstaaten reduziert. Andererseits planten jedoch „von den 11 größten Euroraum-Ländern alle mit Ausnahme Deutschlands in diesem Jahr weitere – teilweise drastische – Einschnitte in ihren öffentlichen Haushalten“, warnen die WissenschaftlerInnen. Daraus ergebe sich ein deutlich negativer fiskalischer Impuls von -1,4 Prozent des BIPs im Euroraum, nach -1,7 Prozent 2012. Dies verfestigt die Rezession im Euroraum.

Untersuchungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) würden zeigen, dass striktes Sparen in einer Abschwungsituation die Wirtschaft weitaus stärker bremst als bislang angenommen und in den Stabilisierungsprogrammen unterstellt. Bislang gingen viele WissenschaftlerInnen und auch die EU-Kommission davon aus, dass jeder Euro, den der Staat durch Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen dem Wirtschaftskreislauf entzieht, das BIP um deutlich weniger als einen Euro senkt. Dagegen veranschlagen die neuen Studien diesen so genannten Multiplikator mit 1 : 1 oder höher. Bei Ausgabenkürzungen in einer Rezession sind danach sogar Multiplikatoren über 2 keine Seltenheit. Das heißt: Jeder Euro, den der Staat einspart, senkt das BIP um zwei Euro. Die schlechtere Wirtschaftsentwicklung kostet wiederum öffentliches Geld: Steuereinnahmen sinken, die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Fürsorge wachsen.

Die Europäische Kommission verteidige zwar die harte Sparpolitik, komme aber in ihrem eigenen „Report on Public Finances“ ebenfalls zum Ergebnis, dass allzu strenge Sparauflagen kontraproduktiv wirken können, betonen die ExpertInnen des IMK: „Sie hat kritische Multiplikatoren berechnet, deren Überschreiten bei Konsolidierungsmaßnahmen zu einem steigenden Schuldenstand führt.“ Demnach dürften ein Drittel

aller Euroraum-Länder mit steigenden Schuldenständen konfrontiert werden, wenn sie aktuell versuchten, ihre öffentlichen Finanzen über restriktive Maßnahmen zu konsolidieren.

Das IMK hat in eigenen Berechnungen für Deutschland sowie für vier Krisenstaaten ebenfalls kritische Multiplikatoren kalkuliert. Ergebnis: In allen Ländern würden Konsolidierungsmaßnahmen nur dann zu einer Senkung des Schuldenstandes führen, wenn der Multiplikator bei maximal 0,9 läge. In Griechenland (0,4), Italien und Portugal (je 0,6) sind die Grenzen, ab denen Sparen die Schuldenquote in die Höhe treibt, besonders niedrig. Die Schlussfolgerung des IMK: „Aktuell dürfte der Schuldenstand also in allen Ländern infolge von Konsolidierungsmaßnahmen weiter steigen. Dass die harten Einschnitte in den Krisenländern nicht von Erfolg gekrönt sind, liegt nicht etwa an einer laschen Umsetzung, sondern ist die makroökonomisch zwingende Folge eines sich selbst konterkarierenden Austeritätsskurses.“

Anpassungsmechanismen für die Zeit danach

Langfristig plädieren die ÖkonomInnen dafür, Anpassungsmechanismen für die Zeit nach der Krise zu beschließen. In deren Zentrum stehe die Maxime: Eine Währungsunion ist eine Vereinbarung über ein gemeinsames Inflationsziel. Auf mittlere Sicht schlägt das IMK eine Lösung vor, bei der die Souveränität im Wesentlichen bei den einzelnen Mitgliedstaaten verbleibt. Die Entscheidungskompetenzen weiter zu zentralisieren, wäre zwar eine Option, mit der das Ziel einer stabilen Währungsunion erreicht werden könnte. Der politische Prozess wäre aber wahrscheinlich langwierig. Daher sollten zunächst die nationalen Regierungen für die Einhaltung des Inflationsziels verantwortlich sein. Das IMK sieht die einzelnen Politikbereiche in einer klaren Hierarchie und Abfolge:

Die Lohnpolitik wie auch die Wettbewerbspolitik sind der Fiskalpolitik vorgelagert. So bergen beispielsweise

zu starke Lohnsteigerungen die Gefahr, dass das Inflationsziel überschritten, zu schwache, dass es unterschritten wird. „Beides ist gleichermaßen schädlich, betonen die WirtschaftsforscherInnen. Ebenso könne ein mangelhaft ausgeprägter Wettbewerb eine Gewinninflation hervorrufen.“

Drohten die Entwicklungen bei Löhnen und Gewinnen das Inflationsziel zu verletzen, sollte die nationale Fiskalpolitik gegensteuern: „Sind die Lohnabschlüsse zu niedrig, um das Inflationsziel einzuhalten, muss sie expansiv sein; bei zu hohen Abschlüssen restriktiv.“ Mit welchen Maßnahmen die Fiskalpolitik reagiere, sei aber Sache der nationalen Regierungen.

Auch eine national differenzierte Form der Geldpolitik könne zur Stabilisierung des Euroraums beitragen, erläutern die WissenschaftlerInnen. Im Vorfeld der aktuellen Eurokrise floss Kapital vor allem aus Deutschland in Richtung Spanien, Irland und Portugal und verstärkte den dortigen wirtschaftlichen Boom. Auslöser waren scheinbar günstige Renditechancen vor allem bei Immobilien und im Finanzsektor. Hier könne – auch in einer Währungsunion – eine differenzierte

Geldpolitik ansetzen: „Sie kann beispielsweise durch differenzierte Mindestreserveanforderungen die Kreditvergabe in einzelnen Euroländern gezielt fördern oder drosseln.“ Eine überschäumende Nachfrage, die zu überhöhten Inflationsraten führt, ließe sich so dämpfen.

Mit diesem Politikmix aus stabilitätsorientierter Fiskalpolitik und flankierender Geld- und Lohnpolitik sei eine im Kern dezentral orientierte Währungsunion möglich, so das IMK. Dennoch seien einige grundlegende institutionelle Veränderungen unumgänglich. So sollte ein Europäischer Währungsfonds (EWF) die Abweichungen der Leistungsbilanzen überwachen und Vorschläge für eine adäquate Reaktion der Politik machen. Dessen Sanktionen sollten automatisch greifen – aber so niederschwellig ausgestaltet sein, dass der Bestand des Euroraums nicht gefährdet ist. Ideal dafür sei die Vorgabe, eine Steuer oder Abgabe zu erhöhen oder zu senken.

Quellen: Pressemitteilungen der Hans-Böckler-Stiftung (Rainer Jung), 18.10.2012; 07.01.2013

Das Europäische Parlament als Opfer der Demokratiekrise

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ So oder ähnlich findet sich der demokratische Grundsatz in vielen Verfassungen der Mitgliedsstaaten, weshalb es nahe liegt, auch das EU-System auf diesem aufzubauen. Doch während die Kompetenzen und der Einfluss des Europäischen Parlaments über die Jahre wuchsen, sank die Wahlbeteiligung kontinuierlich. Die Ursachen dafür sind vielseitig: eigenwillige Strukturen, uninformierte Wähler/innen und zu wenig Relevanz im politischen Alltag.

Das Europäische Parlament stellt die Vertretung der europäischen Bürger/innen dar und macht das Parlament deshalb zu etwas Besonderem im Institutionengefüge der EU. Alle fünf Jahre werden die Abgeordnete

ten direkt vom Volk gewählt, um in dessen Interesse gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union die Gesetze der EU zu verabschieden, das EU-Budget zu erstellen und die übrigen Institutionen zu kontrollieren (vgl. Website der Europäischen Union 2012). Vor allem, weil die Gesetze, die in der EU beschlossen werden, den Mitgliedsstaaten nicht nur als Vorlage, sondern vielmehr als Vorgabe dienen und weil die Kompetenzen des Parlaments über die Jahre immer weiter ausgeweitet wurden, würde man meinen, dass das Interesse der Bürger/innen an den Abgeordneten und folglich an den Wahlen entsprechend groß sei.

Die Entwicklung der Wahlbeteiligung an den EU-Parlamentswahlen zeigt allerdings etwas anderes: Seit der Einführung der direkten Wahl 1979 hat diese nämlich stetig abgenommen. So lag sie zu Beginn im Durchschnitt aller damaligen Mitgliedsstaaten noch bei 63 Prozent, bis 2004 fiel sie auf 45,6 Prozent und erreichte 2009 gar den Tiefpunkt von 43 Prozent. Generell liegt die Wahlbeteiligung in allen Mitgliedsstaaten unterhalb der Wahlbeteiligung bei Wahlen zu nationalen Parlamenten (vgl. Website der Bundeszentrale für Politische Bildung „Wahlbeteiligung 1979-2009“).

Factsheet Europäisches Parlament

Sitz:	Straßburg (weitere Arbeitsorte: Brüssel und Luxemburg)
Vorsitz:	Präsident/in wird für die halbe Legislaturperiode gewählt (= 2,5 Jahre)
Tagungen:	Einmal im Monat Plenartagung (4-tägig); einige ein- oder zweitägige Kurzsitzungen Ausschüsse , um die Gesetzesvorschläge der Kommission zu bearbeiten und Ideen für neue Politiken oder die Verbesserung bestehender Politikbereiche zu sammeln
Entscheidungsfindung:	In den meisten Fällen genügt eine einfache Mehrheit. In manchen Fällen (Budgetfragen oder Misstrauensantrag) können aber auch höhere Mindestanforderungen gelten, etwa eine Zweidrittelmehrheit, unabhängig davon, wie viele Abgeordnete anwesend sind.

zuweisen, dass die Europäische Union nicht aus *einem* Volk besteht, sondern aus mehreren: Die etwa 500 Millionen EU-Bürger/innen verteilen sich auf 27 (beziehungsweise in Kürze 28) Nationen mit repräsentativen Demokratien, in denen das jeweilige nationale Parlament – je nach Regierungstyp – eine mehr oder weniger gewichtige Stellung einnimmt (vgl. ebd.).

Dies hat mitunter zur Folge, dass sich der Wahlakt im supranationalen Parlamentarismus der Europäischen Union entsprechend national gestaltet. Denn die Volkssouveränität ist ein nationales Konzept und es ist bis heute nicht einmal der Europäischen Union gelungen, eine transnationale Variante auszubilden. Das dürfte nicht zuletzt an den nationalstaatlichen Regierungsmitgliedern liegen, die ihren doch sehr exklusiven Status als legitime Volksvertreter/innen nur sehr ungern abgeben wollen. Daraus folgt, dass jeder Mitgliedsstaat die Abgeordneten nach seinem eigenen Verfahren wählt und die nationalen Vorschriften sehr stark variieren: So gibt es Unterschiede bei der Prozhürde zum Einzug ins Parlament, beim Mindestalter für das passive Wahlrecht oder gar dem jeweiligen Wahltermin (vgl. ebd.: 64f)

Diese nationalen Strukturen übertragen sich in der Folge bei den Parlamentswahlen der EU regelmäßig auf sämtliche Beteiligten: Medien, Bürger/innen genauso wie Parteien verstehen diese augenscheinlich als nationale Nebenwahlen und richten die Wahlkämpfe beziehungsweise die Wahlentscheidungen eben danach aus. In anderen Worten: Die Akteure und Akteurinnen versteifen sich auf nationale Themen, sodass „echte“ europäische Wahlen gar nicht erst zustande kommen können. Verstärkt wirkt die Problematik dadurch, dass es bei der EU-Parlamentswahl nicht um eine Regierungsbildung geht, weshalb für die Wähler/innen genauso wie für die Parteien viel weniger auf dem Spiel steht als bei nationalen Wahlen (vgl. Schmidt/Schünemann 2009: 64f; Website der Bundeszentrale für Politische Bildung „Wahlkampf und Wahlbeteiligung“).

Dass die Wahlkämpfe bei EU-Parlamentswahlen meist mit nationalen Themen besetzt werden, hat nicht zu-

Doch woran könnte diese scheinbar paradoxe Entwicklung liegen? Leidet die Europäische Union an einer ähnlichen Politik(er)verdrossenheit der Bevölkerung, wie sie in letzter Zeit in den Medien diskutiert wurde? Gelingt es der Union nicht, ihre Relevanz für die europäischen Bürger/innen zu kommunizieren? Oder ist die schwindende Wahlbeteiligung schlicht Symptom für das scheinbar gravierende Demokratiedefizit der EU?

Nationaler Wahlakt bei supranationalen Wahlen

An und für sich liegt es für ein politisches System wie der EU, das sich aus einem Bündnis demokratischer Nationalstaaten zusammensetzt, nahe, „das demokratische Prinzip auch als legitimierenden Grundstein [...] vorauszusetzen“ (Schmidt/Schünemann 2009: 63). Allerdings darf man nicht vergessen, darauf hin-

letzt die Ursache darin, dass diese Wahlen als Stimmungsbarometer für nationale Wahlen missbraucht werden. Weil es keine Parteien gibt, die in ganz Europa antreten oder ein ausschließlich europäisches Programm vertreten, stellt die Europawahl in vielen Mitgliedsstaaten eine Art Testwahl dar, „in der die Parteien die Stimmung unter den Wahlberechtigten prüfen und daraus ihre Strategien für den nächsten [nationalen] [...] Wahlkampf entwickeln können (Website der Bundeszentrale für Politische Bildung „Wahlkampf und Wahlbeteiligung“).

Nicht interessiert oder nicht informiert?

Prinzipiell halten die Bürger/innen die Europäische Union für eine gute Sache, das eigene Land hätte demzufolge für eine Mehrheit letzten Endes vor allem Vorteile – wie regelmäßige Eurobarometer-Umfragen zeigen. Diese Ansichten dürften auf die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen der EU allerdings keine Auswirkungen haben, wie die eingangs erwähnten sinkenden Anteile zeigen. Ebendieser Eurobarometer zeigt nämlich auf, dass gut zwei Drittel der Nichtwähler/innen etwa der Meinung sind, mit ihrer Stimme nichts bewirken zu können: Der Einfluss des Europaparlaments innerhalb der EU dürfte also als genauso unwesentlich eingestuft werden wie die Relevanz für den persönlichen (politischen) Alltag. (vgl. Website der Bundeszentrale für Politische Bildung „Das Interesse der Bürger an der Wahl“).

Ein gewichtiger Grund für das Fernbleiben bei den Wahlen scheint auch ein gewisses Informationsdefizit zu sein, wie weitere Eurobarometer-Ergebnisse aufweisen: Rund 60 Prozent der Nichtwähler/innen wüssten entweder nicht genug über die Rolle des Europäischen Parlaments oder wären generell nicht gut genug informiert, um wählen zu gehen (vgl. ebd.). Das heißt nichts anderes, als dass vielen Bürger/innen der Europäischen Union nicht klar ist, dass das Europäische Parlament Gesetze verabschiedet, die als Vorgabe für die einzelnen Mitgliedsstaaten dienen... und folglich das Leben jedes einzelnen EU-Bürgers/ jeder EU-Bürgerin beeinflussen (vgl. Website der Bundeszentrale für Politische Bildung „Relevanz und Resonanz“).

Dazu scheint die Politik der Europäischen Union für zahlreiche Bürger/innen einfach viel zu komplex, kompliziert, verwirrend zu sein und wird als von Einzelpersonen ohnehin nicht beeinflussbar wahrgenommen. Nicht nur dürfte „Europa“ beziehungsweise die EU vom Lebensalltag der einzelnen EU-Bürger/innen sehr weit entfernt sein, sondern auch die verhältnismäßig geringe Zahl an Abgeordneten, die noch dazu

nicht in Parteien, sondern in Fraktionen zusammenarbeiten, könnte dazu beitragen, dass sich die einzelnen Personen nicht vertreten fühlen (vgl. ebd.).

Demokratiedefizit in der EU

Vergleicht man das Europäische Parlament mit nationalen Volksvertretungen, zeigt sich doch, dass die Funktionen und Kompetenzen des Europäischen Parlamentes verhältnismäßig schwach ausgeprägt sind. Allerdings ist das diesbezügliche Problembewusstsein innerhalb der Europäischen Union bereits gewachsen und nicht zuletzt deshalb wurden die Kompetenzen des Parlaments weiter ausgebaut: War es ursprünglich als Diskussionsforum konzipiert, in dem sich nationalstaatliche Delegierte austauschen konnten, hat es sich bis heute doch zu einer wahren Chance entwickelt, das immer wieder beklagte Demokratiedefizit der Europäischen Union zu überwinden (vgl. Schmidt/Schünemann 2009: 80).

Wie dem auch sei: Die Wahlbeteiligung sowie die Rolle des Europäischen Parlaments zählen wohl zu den aktuellen Baustellen innerhalb der Europäischen Union. Einerseits gilt es, die Kompetenzen des Parlamentes auszubauen, um die Demokratie innerhalb der EU weiter rechtfertigen zu können, und andererseits ist es unabdingbar, dass eben diese Kompetenzen besser vermittelt werden. Sonst rasselt die Wahlbeteiligung bei den kommenden Wahlen tatsächlich in den Keller.

Monika Dauterive

Quellen

- Bundeszentrale für Politische Bildung (o.J.): Das Interesse der Bürger an der Wahl. Online unter <http://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/71373/das-interesse-der-buerger>, dl. 30.11.2012
- Bundeszentrale für Politische Bildung (o.J.): Relevanz und Resonanz. Online unter <http://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/71369/relevanz-und-resonanz>, dl. 30.11.2012
- Bundeszentrale für Politische Bildung (o.J.): Wahlbeteiligung 1979-2009. Online unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/60473/wahlbeteiligung-1979-2009>, dl. am 30.11.2012
- Bundeszentrale für Politische Bildung (o.J.): Wahlkampf und Wahlbeteiligung. Online unter <http://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/71356/wahlkampf-und-wahlbeteiligung>, dl. am 30.11.2012
- Europäische Union (o.J.): Europäisches Parlament. Online unter http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index_de.htm, dl. 30.11.2012
- Schmidt, Siegmund/Schünemann, Wolf J. (2009): Europäische Union. Eine Einführung. Baden-Baden: Nomos.

Plädoyer für mehr Demokratie in Europa

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, diskutierte Anfang Oktober mit den Mitgliedern des Nationalrats sowie mit österreichischen EU-Abgeordneten aktuelle europapolitische Fragen.

Ein eindringliches Plädoyer für eine Erneuerung der europäischen Demokratie und gegen eine Renationalisierung hielt der Präsident des Europäischen Parlaments im Zuge eines offiziellen Wien-Besuchs im EU-Hauptausschuss des Nationalrats. Nationalstaaten und die Wahrung der nationalen Identität seien wichtig und unverzichtbar, sagte Schulz, aber es gebe große Herausforderungen, vor allem im Bereich des weltweiten Handels, der Umwelt, der Migration und der Währungsbeziehungen, die nur transnational zu lösen seien, da dort die einzelnen Staaten an ihre Grenzen stießen. Es gehe auch um die Frage, wo die Schutzfähigkeit der Nationalstaaten gegenüber ihren BürgerInnen endet, etwa was die Sicherung des Sozialmodells betrifft. Hier müsse die europäische Gemeinschaft ergänzend dazukommen, jedoch nicht substituierend, unterstrich er. Schulz schloss in diesem Zusammenhang die Rückübertragung von Kompetenzen, wo dies sinnvoll ist, nicht aus und hob die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips hervor.

Angesichts der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen genüge es nicht mehr, das europäische Einigungswerk historisch zu begründen, so Schulz. Die Herausforderungen für das 21. Jahrhundert seien andere, die Argumente müssten in die Zukunft weisen. Aufgrund der Spekulationen, der Wirtschafts- und Finanzkrise, des Klimawandels und der unmoralischen Spekulationen auf Nahrungsmittel, wodurch der Hunger der einen zum Profit der anderen werde, sei es unumgänglich, die Kräfte zu bündeln. Mit nationalen Währungen werde man in keiner Weise mit der wirtschaftlichen Triade USA, China und Indien, aber auch mit anderen wachsenden Wirtschaftsräumen konkurrieren können. Wenn man glaube, jetzt habe die Stunde der Nationalstaaten geschlagen, stelle das einen eklatanten Realitätsverlust dar, warnte der Präsident. Europa im 21. Jahrhundert müsse neben seiner friedensstiftenden Kraft darum bemüht sein, das soziale Modell gerecht nach innen und nach außen abzusichern, das erreiche man aber nicht mit einer

Renationalisierung, sondern durch eine Stärkung der europäischen Gemeinschaft.

Der Souveränitätsverzicht der Nationalstaaten habe mit der Übertragung des Gewaltenteilungsmodells auf die transnationale Ebene einherzugehen, bekräftigte Schulz. Man habe auf EU-Ebene zwar bereits eine unabhängige höchstrichterliche Rechtsprechung, es könne aber nicht sein, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine Gesetzgebungsfunktion übernimmt. Das Initiativrecht liege leider noch immer allein bei der Kommission und wenn diese keine Vorschläge präsentiere, könne das Europäische Parlament nicht handeln, ergänzte er bedauernd.

Hart prangerte der EP-Präsident die, wie er formulierte, „schleichende Entparlamentarisierung“ innerhalb der Union an. Dies sei deutlich im Zusammenhang mit dem sogenannten „Europäischen Semester“ zu sehen, wo die Finanzministerien der Mitgliedsstaaten den Haushaltsentwurf nicht zuerst an ihr Parlament übermitteln, sondern an BeamtInnen der EU-Kommission, die wiederum die Entwürfe anhand von Kriterien bewerten, die nicht vom Europäischen Parlament beschlossen wurden. Schulz appellierte, die Abgeordneten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments mögen sich als Partner begreifen. Die immer stärker werdende Konzentration der Entscheidungsfindung bei der Exekutive führe zu einer Entfremdung der Europapolitik von den Menschen und gefährde letztendlich das Einigungswerk.

Prammer: Primat der Politik wieder herstellen

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer betonte, gerade die Finanz- und Wirtschaftskrise habe gezeigt, dass die EU-Institutionen reformierungsbedürftig seien und das demokratische Defizit behoben werden müsse. Man habe das Primat der Politik wieder herzustellen, hielt sie fest. Wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen dürften nicht allein von ExpertInnen getroffen werden, sondern müssten in der Verantwortung der Parlamente bleiben.

Die Nationalratspräsidentin wies dabei auf die weitreichenden Mitwirkungsmöglichkeiten des österreichischen Parlaments im Rahmen der EU hin, die man zuletzt auch auf den Entscheidungsprozess in Angelegenheiten des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ausgedehnt habe. Zufrieden zeigte sie sich mit der Einigung von elf EU-Ländern auf die Finanztransaktionssteuer und erinnerte daran, dass Österreich das erste Land gewesen ist, das diese eingefordert hatte. Dazu lägen auch drei im Nationalrat einstimmig angenommene Entschließungsanträge vor.



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz beim Gästebucheintrag. Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

In der Diskussion wurden von den Abgeordneten die unterschiedlichsten Themen angesprochen, wobei die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise aber auch der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut im Vordergrund standen. Dabei gingen die Abgeordneten von SPÖ, ÖVP und Grünen mit den Aussagen von Präsident Schulz weitgehend konform. Lediglich seitens der FPÖ kamen kritische Töne, was die Vertiefung der Union betrifft.

Für umfassende Regelung der Finanzmärkte

Seitens der SPÖ war man sich einig, dass die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur durch ein vereintes und vertieftes Europa zu bewältigen seien. Als einen wesentlichen Aspekt erachtete es Klubobmann Josef Cap, die Glaubwürdigkeit der EU zu stärken, und das werde nur gelingen, wenn man die Wurzeln der Krise anpackt und neue Regeln für die Finanzmärkte schafft. Es bedürfe auch eines neuen Verständnisses innerhalb der Europäischen Zentralbank (EZB), indem man dort auch an Beschäftigung und Wachstum denke.

In die gleiche Kerbe schlug sein Klubkollege Kai Jan Krainer, der meinte, Regeln, wie der Fiskalpakt, seien notwendig, der wesentliche Aspekt liege aber in den dahinterstehenden ökonomischen Modellen. In der EU werde viel zu wenig Bedacht darauf genommen, dass neben dem Erfordernis, das Budgetdefizit und

die Schulden abzubauen, das besondere Augenmerk dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu gelten habe. Werden diese Probleme nicht bewältigt, dann sei dies gefährlich für die Demokratie. Krainer sprach sich daher dafür aus, die ökonomischen Modelle der Realität anzupassen, denn die Sparpolitik führe zu starker Rezession und Arbeitslosigkeit.

Ähnlich äußerte sich die sozialdemokratische Abgeordnete Christine Muttonen, die für eine gerechte Besteuerung von Kapital und Vermögen sowie für eine umfassende Regelung der Finanzmärkte eintrat. „Wir brauchen auch eine starke soziale Säule“, sagte

sie, etwa die Einführung eines Fortschrittsprotokolls, das soziale Grundrechte absichert. Interessant für sie wären auch eine europäische Arbeitslosenversicherung und die Festsetzung einer Obergrenze für die Arbeitslosenquote, genauso wie für die Schuldenquote.

Kritisch mit der Politik des Sparens setzte sich auch der grüne Abgeordnete Bruno Rossmann auseinander. Fehler könne man nicht mit einem eng geschnürten Fiskalpakt und mit einer Austeritätspolitik korrigieren, meinte er. Um makroökonomische Ungleichgewichte auszugleichen, wären wachstumsfördernde Maßnahmen nötig, etwa ein „Green-New-Deal“. Deshalb sprach sich Rossmann auch gegen die von den Nettozahler-Staaten angestrebte Kürzung des Vorschlags der Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 aus. Damit werde man die Ziele der „Europa 2020-Strategie“ nicht erreichen, warnte er und befürchtete, dass zu wenig Geld für die Armutsbekämpfung da ist, zumal der Europäische Sozialfonds über keine Mittel mehr verfügt.

Er werde für einen ambitionierten Haushalt in der Nähe der Zahlen der EU-Kommission kämpfen, replizierte darauf Schulz. Die Grundvoraussetzung für Wachstum sei Vertrauen, denn keiner werde dort investieren, wo er kein Vertrauen besitzt. Das Beispiel USA, das viel schlechter als Europa dastehe und dennoch hohes Vertrauen genieße, zeige dies deut-

lich. Aber die USA habe eine einheitliche Währung, eine einheitliche Wirtschafts- und Fiskalpolitik, fügte er hinzu. Schulz folgerte daraus, dass zur Förderung des Wachstums auch das einhellige Bekenntnis zur gemeinsamen Währung notwendig sei, genauso wie eine einheitliche Steuerung dieses Systems, etwa durch einen europäischen Finanzminister.

Führt Fiskalpakt zu Entdemokratisierung?

Auch wenn die europäische Integration ein erfolgreiches Friedens- und Wohlstandsprojekt darstelle, sei man doch mit Schwächen von nicht geringer Bedeutung konfrontiert, meinte ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf. Dazu zähle etwa die mangelnde Konvergenz der Mitgliedstaaten, etwa bei der Rechtssicherheit und in Hinblick auf die Volkswirtschaften. Die Krise haben aus seiner Sicht nicht nur die Finanzmärkte und Spekulanten verursacht, sondern es sei auch die mangelnde Disziplin in den nationalen Haushalten dafür verantwortlich. Mit konsolidierten Budgets hätten Finanzmärkte nicht so leichtes Spiel, fügte er erläuternd hinzu.

Dass die Währungsunion einen Konstruktionsfehler hat, fand auch sein Klubkollege Martin Bartenstein, der sich froh darüber zeigte, dass der ESM nun seine Arbeit aufnehmen kann. ESM und Fiskalpakt dürften aber keine Einbahnstraße sein, sondern man brauche auch die Solidarität mit den Zahlern, war sich Bartenstein mit Kopf einig. Dem konnte Präsident Schulz zwar etwas abgewinnen, er gab aber zu bedenken, dass man den Staaten, die sich in einer schwierigen Lage befinden, auch die Möglichkeit geben müsse, wieder auf die Füße zu kommen. Haushaltsdisziplin ohne Wachstum führt seines Erachtens ins Chaos.

Die positive Beurteilung des Fiskalpakts durch die ÖVP wurde vom Grünen-Abgeordneten Bruno Rossmann nicht geteilt. Der Pakt gehört seiner Meinung nach zu jenen Instrumenten, die die „Entdemokratisierung“ fördern, weil er das Budgetrecht des Parlaments beschneide. Dem hielt EP-Präsident Schulz entgegen, dass gemäß Artikel 3 des EU-Vertrags alles, was mit dem Euro im Hinblick auf Gesetzgebung und Kontrolle zusammenhängt, dem Mitentscheidungsverfahren unterworfen ist. Auch im Fiskalpakt werde festgehalten, dass die Gemeinschaftsorgane zur demokratischen Legitimierung des Handels verpflichtet seien. Das Europäische Parlament könne daher als Hauptgesetzgeber nicht ausgeschlossen werden, betonte Schulz, auch hier bedürften alle Entscheidungen der Legitimation durch das Europäische Parlament. Die Frage stelle sich nur, ob die RegierungschefInnen das auch akzeptieren. Wenn der Fiskalpakt in Kraft tritt,

werde das Europäische Parlament gemeinsam mit der EU-Präsidentschaft, dem Rat, der Kommission und der EZB an einem Tisch sitzen.

Rossmann zeigte sich zufrieden über die Grundsatzvereinbarung zur Finanztransaktionssteuer und sah die Notwendigkeit innerhalb der EU, eine gemeinsame Bankenaufsicht und Einlagensicherung zu schaffen. Die Restrukturierung im Bereich der Banken könne nicht nur auf dem Rücken der SteuerzahlerInnen ausgetragen werden, sagte er und befürwortete auch eine Trennung von Investment- und Geschäftsbanken. Rossmann zeigte auch große Präferenz für eine Fiskalunion, wobei man aber genau die Grenzziehung zwischen europäischen Kompetenzen und nationalen Souveränitätsrechten vornehmen müsse.

Sein Klubkollege Werner Kogler kritisierte, dass Luxemburg und Österreich durch ihre Blockadepolitik einen automatischen Datenausgleich mit der Schweiz und Liechtenstein verhindern und es so ermöglichen, dass griechische Millionäre dort ihr Geld anlegen. Er sehe auch nicht ein, dass potentielle Kandidaten für den Schutzschirm innerhalb der Union eine stärkere Regelung der Finanzmärkte verhindern.

Der Kritik Rossmanns, dass zwar seit Beginn der Krise viel passiert sei, aber alles sehr langsam vor sich gehe, begegnete Präsident Schulz mit dem Hinweis, dass das Europäische Parlament eine Liste von Maßnahmen vorgelegt habe. Es seien aber nicht die Gemeinschaftsinstitutionen, die blockierten, sondern es bremsten in erster Linie die einzelnen Mitgliedsstaaten mit nationalem und partikulärem Denken.

Ausbau der Demokratie vorantreiben

Was das eingangs angesprochene demokratiepolitische Defizit der EU betrifft, so unterstützten die Abgeordneten weitgehend die Aussagen von Präsident Schulz. Der Ausbau der Demokratie in Europa sei auf die Tagesordnung zu setzen, meinten etwa Christine Muttonen und Josef Cap. Auch Karlheinz Kopf ortete ein Demokratiedefizit innerhalb der Union und trat für eine Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente gegenüber den Exekutivorganen ein. Damit könnte man die Menschen mitnehmen, sagte er.

Das griff der freiheitliche Abgeordnete Johannes Hübner auf und meinte, es sei falsch, den BürgerInnen einfach etwas vorzugeben, vielmehr sei es wünschenswert, diese entscheiden zu lassen, um dann deren Willen zu exekutieren. Ihm zufolge wäre eine europäische Volksabstimmung das richtige Instrument im Gegensatz zur Europäischen Bürgerinitiative.

Dieses Instrument hält er für „zu schwach“ und die Subsidiaritätsrüge für die nationalen Parlamente ist für Hübner eine „Scheinkompetenz“.¹

Diesem Vorwurf begegnete die Nationalratspräsidentin mit dem Hinweis, dass das Instrument der Subsidiaritätsrüge bereits einmal gegriffen und die Kommission die entsprechende Vorlage zurückgezogen habe. Das Instrument sei ausbaufähig, die Parlamente müssten es noch mehr nutzen, appellierte Prammer. Auch VP-Klubobmann Kopf wertete die Subsidiaritätsrüge als wichtiges Instrument und bezeichnete die Europäische Bürgerinitiative als ein gutes Signal.

Laut Parlamentspräsident Schulz stellt diese einen ersten Schritt dar. Man könne über alles diskutieren, sagte er, die Frage der Volksabstimmung, gegenüber der er Skepsis erkennen ließ, sei aber nicht auf die Frage „Europa ja oder nein?“ zu reduzieren. Die EU sei ein Staatenverbund, in dem die Souveränität nicht aus dem gemeinsamen Staatsvolk erwachse, sondern aus dem Willen der einzelnen Völker. Es stelle sich daher die Frage, ob sich die ÖsterreicherInnen, sollte in ihrem Land die Entscheidung anders ausfallen als in anderen Ländern, dann der Mehrheitsmeinung unterwerfen wollen.

Daraufhin konkretisierte der freiheitliche Abgeordnete Peter Fichtenbauer, man beabsichtige keineswegs, über die Souveränität anderer Länder abzustimmen, sondern über EU-Kompetenzen. Er griff auch das Thema EuGH noch einmal kritisch auf. Dieser entfalte eine Tätigkeit, die im Spannungsfeld zwischen Rechtsprechung und Gesetzgebung liege und verlagere das Gewicht zugunsten der RichterInnen. Er wirke damit gesetztesproduzierend.

Konvent erst später

Der grüne Abgeordnete Bruno Rossmann trat auch eindringlich für einen europäischen Konvent ein, um die Vertiefung auf europäischer Ebene voranzubringen. Dazu sagte EP-Präsident Schulz, es werde einen Konvent geben, aber nicht jetzt, da viele Staaten da-

gegen seien. Spätestens jedoch im Jahr 2017, wenn der Fiskalpakt in die EU-Verträge integriert werden muss, müsse man zu einer Debatte über eine Neustrukturierung kommen. Für einen Konvent sprach sich auch der sozialdemokratische Europa-Abgeordnete Josef Weidenholzer aus.

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) brachte der VP-Abgeordnete Fritz Grillitsch zur Sprache, der nichts von einer Renationalisierung in diesem Bereich hält. An erster Stelle stehe die Wahrung der Lebensmittelsicherheit und der Ernährungssouveränität, sagte er. Die Bauern und Bäuerinnen brauchten auch Planungssicherheit, damit sie das tun können, was sich die KonsumentInnen wünschen, weshalb er sich gegen jegliche Kürzungen in der Landwirtschaft aussprach.

Die sozialdemokratische EU-Abgeordnete Karin Kadembach plädierte für die Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Ihr zufolge bedeutet ein Mehr an Europa nicht weniger Verantwortung für die Regionen. In der Agrarpolitik, die vor einer entscheidenden Phase stehe, dürfe es kein „Entweder-oder“, sondern nur ein „Sowohl-als-auch“ geben. An den europäischen Haushalt knüpfte sie die Erwartung, dass damit alle Projekte umgesetzt werden können.

Die EU-weite Verantwortung im Kampf gegen Armut und Hunger brachte ihre Parteikollegin Petra Bayr zur Sprache. Vermehrt würden europäische Firmen und Fonds zu Lasten der Ärmsten spekulieren, beklagte sie und forderte, die Grundbedürfnisse der Armen nicht den Profitinteressen zu opfern.

Abschließend gab der EU-Abgeordnete Heinz Becker von der Volkspartei zu bedenken, dass an der aktuellen Vertrauenskrise in die Politik alle mitverantwortlichen seien. Die Komplexität der politischen Inhalte dürfe keine Ausrede sein, meinte er, und sprach sich für mehr direkte Demokratie aus. Die Wahl des Kommissionspräsidenten ist seiner Meinung nach ein Schritt in die richtige Richtung.

Quellen: Schulz: Mehr Demokratie in Europa und keine Renationalisierung. Parlamentskorrespondenz Nr. 768, 11.10.2012; www.europa.steiermark.at, 24.01.2013

¹ Durch den EU-Reformvertrag von Lissabon wurden die Rechte der nationalen Parlamente gestärkt; sie verfügen seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon mit 1. Dezember 2009 über die Möglichkeit einer Subsidiaritätsrüge. Im Rahmen dieser Subsidiaritätsrüge können die nationalen Parlamente Stellung in laufenden Gesetzgebungsverfahren der EU beziehen. Hierbei können sie auf eine Verletzung der Einhaltung des oben erläuterten Subsidiaritätsprinzips aufmerksam machen und diese Nichteinhaltung der Kompetenzen auch gegebenenfalls durch Einreichen einer Subsidiaritätsklage vor dem Europäischen Gerichtshof geltend machen.

Von der Überwindung der Grenzen

Rede von Josef Weidenholzer, Abgeordneter zum Europäischen Parlament und Professor für Gesellschafts- und Sozialpolitik, gehalten beim Neujahrsempfang von ÖGB und DGB in Braunau am 12. Jänner 2013¹

Mit großer Freude habe ich die Einladung, diese Rede zu halten, angenommen. Aus verschiedenen Gründen. [...] Ich bin in Schärding geboren und aufgewachsen. Damals war das Grenzland. „Dead end“ auf beiden Seiten mit vielen Nachteilen, vor allem auch wirtschaftlicher Natur. Die Löhne waren überdurchschnittlich niedrig und Arbeit war Mangelware. Viele mussten als Grenzgänger auspendeln. Heute haben sich die Dinge geändert, unspektakulär und wirkungsvoll. Die ehemalige Grenzregion wurde zu einer Region mit großen Zukunftschancen. Es lohnt sich also, Grenzen zu überwinden. Leider sind wir oft nicht in der Lage, solche Selbstverständlichkeiten als etwas Positives zu würdigen. [...]

Als ich ein Kind war, da konnte niemand erahnen, dass die Grenze einst verschwinden würde. Vom Deutschen Reich hatten die Menschen die Schnauze voll und eine europäische Union war nicht richtig vorstellbar. Also wie zusammenkommen? Ich bin dankbar, dass ich diese Erfahrung des Verschwindens der Grenzen machen durfte. Sie ist für mich eine wichtige Triebfeder für die Arbeit in Brüssel. Ich finde, dass Abgeordnete zum Europäischen Parlament regelmäßig ehemalige Grenzregionen aufsuchen sollten. Grenzen hatten sich im letzten Jahrhundert wie tiefe Wunden in die Landschaften geschnitten, die Bewegungsfreiheit der Menschen eingeschränkt und sie oft engstirnig und ängstlich gemacht. Grenzen haben nicht die versprochene Sicherheit gebracht, sie haben uns verunsichert. Vor allem aber haben sie den Kontinent geschwächt. Viel Energie ging verloren, sich von dem jeweils anderen abzugrenzen. Europa hat nach dem 2. Weltkrieg mühsam gelernt, den Nationalismus zu zügeln, das Trennende zu überwinden und das Gemeinsame zu entwickeln. Europa ist für viele ein Modell, das man nachahmen will. Ich habe das gerade erst letzten Sommer am Höhepunkt der Eurokrise an der Tammassat-Universität in Thailand erlebt,

als man mich fragte, wieso wir Europäer eigentlich nicht stolz auf unsere Erfolge sind. Ja, und auch beim Friedensnobelpreis an die EU ist bei sehr vielen Menschen hierzulande keine Freude aufgekommen. Also... „Europa, was heißt das schon? „Friedensprojekt“? ... Und wenn, ist das nicht schon lange her? Und überhaupt: Die verpassen doch nur unser Geld in Brüssel und nötigen uns, die Südländer, vornehmlich die faulen Griechen durchzufüttern.“ So oder so ähnlich tönt es allerorten. Europa ist nicht sexy. Europa, das ist weit weg, kompliziert und uncool. Europa, das ist die Wirtschafts- und Währungskrise, für viele nicht die Lösung, sondern das Problem. Ich sehe das nicht so. Und ich freue mich, an einem Ort, wo die Grenzen verschwunden sind, darstellen zu dürfen, warum das alles nicht so ist.

Die Defizite kamen mit den Bankenrettungspaketen

Fangen wir von hinten an: Die Krise. Die Schwierigkeiten beginnen schon bei der Definition. Eurokrise: stimmt so nicht, weil a) auch andere Währungen davon betroffen sind und b) der Euro auch nach zwei Jahren Krise noch nichts von seinem Wert verloren hat. Staatsschuldenkrise: Das wollen uns die Konservativen gebetsmühlenartig einreden. Aber ist nicht der Anteil der Staatsschulden in den USA, in Japan oder in Großbritannien höher als der Durchschnittswert der Eurostaaten? Sozialstaatskrise: weil wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten und die Jungen und Tüchtigen die Alten und Faulen durchfüttern müssten. Mitnichten. 2008, vor dem großen Krach bei Lehman Brothers, da waren die europäischen Staaten drauf und dran, ihre Defizite in den Griff zu kriegen. Bei einem höheren Sozialschutzniveau als heute, wohl gemerkt.

Die Defizite kamen mit den Bankenrettungspaketen. Um nicht die Fehler der 30er Jahre zu wiederholen, war man damals unisono der Meinung, die Banken nicht pleite gehen zu lassen. In einer einzigen Nacht beschloss beispielsweise der österreichische Nationalrat einen Haftungsrahmen von 100 Milliarden Euro. In den meisten Staaten kam es zu großzügigen Unterstützungen der Banken, ohne dass sich die Regierungen einen wirklichen Einfluss über den Sektor sicherten. Das sollte sich rächen. Riesen Summen wurden den Banken zur Verfügung gestellt. Diese verwendeten das billige Staatsgeld allerdings nicht für die zur Verhinderung einer Wirtschaftskrise erforderliche Kapitalisierung der Realwirtschaft. Spekulieren war viel lukrativer. Dazu kam auch ein massives US-amerikanisches Interesse, den Euro zu schwächen. Dafür gibt es Belege. Wie das berühmte Abendessen

¹ Geringfügig gekürzte und redigierte Fassung

führender Banker und Investoren am 25.2.2010 in New York, bei dem vereinbart wurde, den Euro substantiell zu schwächen. Kann man alles nachlesen. Die Griechenlandkrise begann just zu diesem Zeitpunkt. Und es waren genau jene Investmentfonds, die noch ein Jahr zuvor den Griechen das Geld nachgeschmissen hatten, die jetzt plötzlich an der Zahlungsfähigkeit des Landes Zweifel hegten. Und auch damit ließ sich Geld verdienen, sehr viel Geld sogar. Man brauchte ja nur die Zinsen zu erhöhen. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Natürlich waren die Dinge in Griechenland nicht in Ordnung. Aber das war schon lange bekannt und Griechenland stand keineswegs alleine da. Was man zunächst schön geredet hatte, das redete man nun schlecht. Je größer man das Risiko ausmalte, umso höher der Risikoaufschlag. Bezahlen sollten das jene Mitgliedsstaaten, deren wirtschaftliche Potenz besser entwickelt war. Was schon einmal bei der Krise 2008 gut gegangen war, sollte doch wieder funktionieren.

Freilich war es nicht mehr so einfach, dafür Zustimmung zu erlangen. Die verantwortlichen Politiker setzten auf Hinauszögern und Aussitzen. Eine solche Strategie ist in einer solchen Situation freilich fehl am Platz. Sie fordert die Zocker geradezu heraus, die Möglichkeiten auszutesten und den Einsatz zu erhöhen. Je länger man zögerte, desto größer wurde das Problem. Die Zinsbelastung für Griechenland stieg und damit auch die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenbruchs. Das wiederum brachte mehr und mehr Spieler – man muss die handelnden Akteure wohl so nennen – auf den Plan. Genau genommen hätte es zwei Möglichkeiten gegeben: die „Dicke Bertha“ herauszuholen, wie das Draghi fast zweieinhalb Jahre später getan hat,² und den Spekulanten durch den Einsatz von Riesensummen zu zeigen, dass sich ein solches Spiel nie und nimmer lohnt; oder die Systemfrage zu stellen und das Kind beim Namen zu nennen, also den Finanzkapitalismus als solchen in Frage zu stellen. Zu beidem waren die handelnden Personen [...] nicht bereit oder in der Lage. Sie waren von der fast religiös anmutenden Vorstellung durchdrungen, dass die Märkte wie mit unsichtbarer Hand alles zum Besten regeln würden. Man müsse sie also bloß gewähren lassen.

2 Mario Draghi ist seit November 2011 Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB). Die „Dicke Bertha“ ist eine Riesenkanone aus dem ersten Weltkrieg. Diese Metapher für die massive Mittelbereitstellung an die Geschäftsbanken des Euroraums durch die EZB stammt von Draghi selbst.



Der Inn markiert in seinem Unterlauf seit dem EU-Beitritt Österreichs eine Binnengrenze der Union. Foto: hs

Radikale Austeritätspolitik

Die Finanzmärkte wurden in dieser ersten Phase nicht als Instrumente, mit deren Hilfe Private ordentlich Geld verdienen können, gesehen, sondern als quasi unabhängige Schiedsrichter über die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder. „Die Märkte bestrafen Spanien“ – oder Italien. So oder so ähnlich konnte man es in diesen Monaten hören. Offensichtlich gingen die politisch Verantwortlichen von der fixen Idee aus, dass das wirtschaftliche Wohlergehen eines Landes ausschließlich davon abhängt, ob „die Finanzmärkte“ bereit sind, im betreffenden Land zu investieren. Diese Bereitschaft – so die irriige Vorstellung – besteht immer nur dann, wenn sich die jeweiligen Regierungen glaubwürdig verpflichten, das Staatsbudget in kurzer Zeit auszugleichen. Koste es was es wolle. [...] Wider besseres Wissen verordnete man Sparpakete, von denen viele wussten, dass sie vollkommen unrealistisch und volkswirtschaftlich schädlich waren. Sogar der Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF) kam dieser Tage nachträglich zur Erkenntnis, dass die von der Troika, bestehend aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und IWF, den südeuropäischen Ländern aufoktroierte Sparpolitik die Krise wesentlich verschärft habe. Die radikale Austeritätspolitik war also nicht unbedingt Resultat ökonomischer Analyse und beeindruckte daher die Spekulanten auch nicht. Die ließen sich erst dadurch stoppen, als Draghi letzten Sommer die „Dicke Bertha“ auspackte. Die Austeritätspolitik diente vielmehr der Beruhigung der Wählerschaft in den Ländern des Nordens. Deren Regierungen hatten sich darauf festgelegt, dass es sich bei der Krise um eine Staatsschuldenkrise handelte. Es war daher nur logisch, diese als

Gelegenheit zu sehen, die Haushaltsdisziplin generell zu stärken. Vor allem bot die Krise auch die Chance, den Sozialstaat als Verschwendungsmaschine zu denunzieren und Leistungen zurückzufahren. Wir hätten also über unsere Verhältnisse gelebt und die faulen Griechen, Spanier und Italiener noch viel mehr. Deshalb könne es Solidarität der wohlhabenderen Euro-Länder nur dann geben, wenn die Empfängerländer ordentlich Buße leisten.

Nur so ließen sich die Rettungspakete begründen. Niemand fragte, ob nicht die Ungleichgewichte auch deswegen zustande gekommen sein könnten, dass die Länder des Nordens, insbesondere Deutschland, unter ihren Verhältnissen gelebt haben, also zu niedrige Löhne bezahlt und zu viel gespart haben und auf diese Weise die Binnennachfrage abgeschwächt haben. Niemand stellte die Logik des Systems als solches in Frage, also die Rolle der völlig außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte. Diese drängten die Politik ins Abseits, machten sie hilflos und gefügig. Regierungen mussten abtreten und wurden durch Vertrauenspersonen der Banken ersetzt, ohne dass sie von wem gewählt worden waren, wie etwa Monti in Italien.³ Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Wir haben einen Zustand erreicht, wo die Politik nur mehr ausführt, was die Finanzwirtschaft vorgibt, wo sie nicht mehr gestaltet, sondern den Dingen hinterherhinkt. [...]

Wir leben in historisch bewegten Zeiten, in Zeiten gewaltiger Umbrüche. Wir erleben gegenwärtig eine fundamentale Krise des Kapitalismus, von der wir noch nicht wissen, was auf sie folgen wird. Knapp ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, zwanzig Jahre, nachdem Francis Fukuyama das Ende der Geschichte verkündete und ein Goldenes Zeitalter des Liberalismus heraufdämmern sah,⁴ ist der Kapitalismus in seine tiefste Krise geschlittert. Noch ist es zu früh, sein Ende zu feiern, aber seine Unschuld, der in den 90er-Jahren auch so mancher Sozialdemokrat erlegen war, hat er verloren. Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang den Leiter des Innenpolitikressorts der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl, zu zitieren: „*Der Kapitalismus ist eine*

ähnlich frevlerische Wirtschaftsform, wie sie der Kommunismus war. Er frevelt heute auf Kosten von Menschen und Staaten... Der Kapitalismus kann so vieles; die märchenhafte Fähigkeit, Stroh zu Gold zu spinnen, gehört zu seinem Repertoire. Diese Kunst hat wechselnde Namen; zuletzt nannte man sie ‚Leerverkäufe.‘“ Schön gesagt, aber was hilft es uns, zu wissen, dass wir es mit einer schier übermächtigen Struktur zu tun haben? Viele Menschen sind heute verunsichert und besorgt, wie es weitergehen wird. Die wenigsten wissen, wie es weitergehen soll. Niemand will, dass es so weitergeht.

Wir brauchen eine Rehabilitierung der Realwirtschaft

Immer wieder kann man hören, die Krise wäre schon vorbei. Das ist genauso falsch wie die noch vor einem Jahr geäußerte Gewissheit, der Euro würde zusammenbrechen oder die Griechen würden aus der Eurozone fliegen. Gewissheiten gibt es zurzeit nicht. Oder doch? Eines ist sicher: Die Finanzmärkte taugen nicht dazu, Motor und Impulsgeber der gesellschaftlichen Entwicklung zu sein. Sie folgen der Logik des Glückspiels und sind ungerecht. Sie verwirren, weil man sich an dieser Logik nicht orientieren kann, und sie verzerren das gesellschaftliche Gefüge. Was ist das doch für ein Irrsinn, wenn zwischen Finanzwirtschaft und Realwirtschaft unterschieden wird. Ich erinnere mich noch gut, als es damals hieß, die Finanzkrise wäre in der Realwirtschaft angekommen. Ich hörte diesen Begriff damals (bewusst) zum ersten Mal und ich war verstört. Ja muss denn nicht jede Wirtschaft real sein? Was heißt denn das, wenn Wirtschaft nicht real ist? Und dann fiel mir ein, gelesen zu haben, dass die Gewinne von Siemens, des Flaggschiffs der deutschen Industrie, in manchen Jahren im Bereich des Finanzmanagements höher waren als in der Produktion. Dass ganze Staaten ihre einstmals auf dem Generationenvertrag aufgebaute Alterssicherung der Finanzwirtschaft überantwortet hatten. Mir fiel ein, dass die hochproduktive Österreich-Niederlassung der Firma Quelle mit über 1000 Mitarbeitern geschlossen wurde, bloß weil sich der Mitbewerber die Markenrechte gesichert hatte. Ist das eine gerechte Wirtschaftsordnung? Wie kann es sein, dass Fleiß, Tüchtigkeit oder Betriebstreue, wie immer diese Tugenden, die man uns abverlangt, auch heißen, nicht mehr gelten. Wie soll denn unter solchen Bedingungen Vertrauen, die Grundlage wirtschaftlichen Erfolges und politischer Stabilität, entstehen? Wir brauchen eine Rehabilitierung der Realwirtschaft. Das ist mehr als ein Trennbankensystem, das uns die Sicherheit gibt, dass Banken, denen wir unsere

3 Mario Monti, ein italienischer Wirtschaftswissenschaftler und parteiloser Politiker, ist seit November 2011 Ministerpräsident Italiens. Er leitete ein Kabinett aus parteilosen Fachleuten. Nach seinem Rücktritt im Dezember 2012 wurde Monti von Staatspräsident Napolitano beauftragt, die Amtsgeschäfte bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten weiterzuführen.

4 Francis Fukuyama ist ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler. Sein Hauptwerk „Das Ende der Geschichte“ erschien 1992.

Spareinlagen anvertrauen, sich spekulativ betätigen. Produktion muss sich wieder lohnen, auch in Europa. In der letzten Plenarsitzung des Europäischen Parlaments hatten wir eine sehr wichtige Debatte zur Reindustrialisierung Europas. Mehr Realwirtschaft heißt vor allem weniger Finanzwirtschaft. Das lässt sich nur durch eine rigorose Regulierung des Finanz- und Bankensektors herstellen: Verbot bestimmter spekulativer Praktiken, wie der Leerverkäufe, Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln, Neuordnung der Ratingagenturen und und und. Manches ist auf dem Weg, aber die Beschlüsse des Europäischen Parlaments werden von den nationalen Regierungen im Rat nicht umgesetzt. Was wir aber vor allem brauchen, ist eine Rehabilitierung der Politik. Es ist zu wenig, nur auf eine Wiederherstellung des Gleichgewichts von Politik und Ökonomie abzielen. Die Politik muss wieder Vorrang haben. Das ist freilich nicht einfach. Zu sehr hat sich die Politik in den letzten Jahren selbst beschädigt. Nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in den Nationalstaaten und auf regionaler und lokaler Ebene. [...]

Gerade das Management der Krise zeigt dieses Politikversagen. Aus Rücksichtnahme auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen verzögerte die deutsche Bundeskanzlerin die dringend notwendigen und auch geplanten Rettungsmaßnahmen für Griechenland über Gebühr und vereitelte eine damals nach Meinung vieler Experten noch mögliche Isolierung des Problems auf Griechenland. Europa schlitterte in die existenzbedrohende Eurokrise der Jahre 2011 und 2012, weil partikuläre Interessen Vorrang hatten. Ähnlich kurz-sichtig gingen Sarkozy und Merkel zur Sache, als sie mit dem Fiskalpakt vergeblich versuchten, die Finanzmärkte zu beruhigen. Auf Teufel komm raus sollten die Mitgliedsstaaten eine rigorose Sparpolitik umsetzen. Dieser Pakt wurde ohne Rücksicht auf Verluste durchgezogen. Im Prinzip war es ein Quasi-Diktat der zwei wichtigsten Mitgliedsstaaten, vorbeigespielt am Europäischen Parlament. Als man später erkannte, dass es ohne europäische Steuerung nicht ging, übertrug man einer Gruppe von vier Männern die Aufgabe, Vorschläge für eine Reform der europäischen Institutionen zu entwickeln. Mit dabei die Präsidenten des Rates, der Kommission, der Eurozone und der Zentralbank, aber nicht der Präsident des Europäischen Parlaments. Entlarvend, kann man da nur sagen. Die Angst vor demokratischen Entscheidungsmechanismen ist groß und sie zerstört die Glaubwürdigkeit der Politik. Allzu viel Herumtaktieren führt dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger den Überblick verlieren. Europa ist fern und daher eine geeignete Fläche, von eigenen

Problemen abzulenken. Wer aber das Ganze aus den Augen verliert, der schmälert die Handlungsmöglichkeiten. Europa ist nach wie vor ein Projekt der Eliten und der Technokraten. Das Parlament ist der einzige Ort, wo sich die Interessen der Bürger bündeln. Es leidet an einem wesentlichen Mangel: Die Anliegen der Arbeitnehmer, die Interessen fortschrittlich eingestellter Bürgerinnen und Bürger sind unterrepräsentiert. Das macht es zwar nicht unmöglich, aber doch mitunter recht schwierig, Positionen durchzusetzen, die dem blinden Glauben in die Selbstheilkräfte des Marktes Einhalt gebieten. [...]

Die Menschen erwarten Fairness und Gerechtigkeit

Es ist unakzeptabel, dass wir heute über eine Fiskalunion, eine Schuldenunion, eine Transferunion reden, aber nicht über eine Sozialunion. Das ist es, was die Menschen erwarten, Bedingungen vorzufinden, die ihnen ein Leben ermöglichen, wo sie mit Fairness und Gerechtigkeit rechnen können, wo sie nicht diskriminiert sind und sich frei entfalten können und wo sie in schwierigen Situationen mit der Solidarität der Gesellschaft rechnen können. Dafür brauchen wir Europa, dafür brauchen wir den Nationalstaat, die Region und die Gemeinde. Es wird heute immer wieder propagiert, wir bräuchten mehr Europa. Ich halte diese Herangehensweise für falsch. Die Probleme sollen dort gelöst werden, wo sie anstehen. Wir brauchen vor allem eine bessere Politik, eine Politik, die die Sorgen der Menschen ernst nimmt, praktikable Lösungen anbietet und die vor allem die Menschen beteiligt. Europa ist eine wichtige Ebene, in vielen Fällen die wichtigste vielleicht. Weil es oft Probleme sind, die sich nur gemeinsam lösen lassen. Wir hatten diese Woche in Brüssel den Vorsitzenden der niederländischen Sozialdemokraten, Diederick Samsom, zu Gast. [...] Einen Satz von ihm habe ich mir notiert: *„Wenn die Menschen erfahren, dass wir mehr Europa brauchen, weil wir die Banken in den Griff kriegen wollen, dann sind sie nicht mehr antieuropäisch.“*

2013 wird ein entscheidendes Jahr für Europa. Wir können die Weichen dafür stellen, dass sich der Kurs der Geschichte ändert, dass mehr Gemeinsinn und mehr Verantwortungsgefühl einziehen und dass sich eine neue Sensibilität gegenüber denjenigen breit macht, die im Leben zu kurz kommen. Grenzen sind dabei hinderlich.

Josef Weidenholzer

Gleichgestellte Frau sucht gleichgestellten Mann

In der heutigen Zeit, in der das Wort Gender einen neuen Stellenwert gewonnen hat, spielt die Gleichbehandlung von Männern und Frauen eine immer wichtigere Rolle am Arbeitsmarkt. Die Gleichstellung ist aber auch weltweit von Bedeutung, zum Beispiel bei der Bekämpfung der Armut, der Teilnahme an der Wirtschaft und an Entscheidungsprozessen, dem Zugang zur Bildung und zur Gesundheitsfürsorge sowie bei der Anerkennung von Frauenrechten in den Menschenrechten. Doch wie sieht diese Gleichbehandlung in der Realität aus, wie ist die Situation in Österreich? Was unternimmt eigentlich die Europäische Union, um den sogenannten Gender Gap zu minimieren?

Einer der Grundwerte der Europäischen Union ist die Gleichstellung von Frauen und Männern. Es darf bei gleicher Arbeit keinen Unterschied beim Entgelt machen, ob eine Frau oder ein Mann die Arbeit verrichtet. Dieser Grundsatz wurde bereits im Jahr 1957 in den Römischen Verträgen festgeschrieben. (EU Kommission 2012)

Die Erfolge der EU bei der Bereinigung der Unterschiede im Arbeitsmarkt zwischen Männern und Frauen wurden vor allem durch folgende Maßnahmen erreicht:

- Rechtsvorschriften zur Gleichstellung
- Gender Mainstreaming
- spezielle Maßnahmen zur Frauenförderung

EU-Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010 – 2015

Diese Strategie für den Zeitraum 2010 bis 2015 bildet das grundlegende Arbeitsprogramm der Kommission zur Gleichstellung der beiden Geschlechter. In der Strategie wird darauf geachtet, dass der Nutzen der Gleichberechtigung in Hinsicht auf das Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung unterstützt wird. Es geht der Europäischen Union vorwiegend da-

rum, einen umfassenden Rahmen zu definieren, der zur Förderung der Gleichstellung in allen ihren Politiken beiträgt. Die Strategie umfasst folgende Themenschwerpunkte:

- Gleiche Unabhängigkeit für Männer und Frauen in der Wirtschaft
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Ausgewogenheit in Entscheidungsprozessen
- Würde, Integrität, Bekämpfung geschlechterbezogener Gewalt
- Horizontale Themen (Geschlechterrollen, Gesetzgebung)
- Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern außerhalb der EU

Die Umsetzung der Themenschwerpunkte findet im Rahmen der „Europa 2020-Strategie“ statt. (EU Kommission 2012)

Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechterdiskriminierung

Auf der europäischen Ebene ist die Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Arbeitsmarkt hinsichtlich der Bezahlung bereits im „EWG-Vertrag“ verankert. Es gibt seit 1957 mehrere Richtlinien und Urteile zur Geschlechterdiskriminierung, welche der Europäische Gerichtshof ausgesprochen hat.

Die EU-Gesetzgebung umfasst folgende Gebiete:

- Beschäftigung und Weiterbildung
- soziale Sicherungen und Pensionen
- Zugang zu Dienstleistungen und Waren
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Überarbeitung des europäischen Rechts

Wenn die Europäische Kommission die Meinung vertritt, dass ein EU-Mitgliedsstaat gegen das Gemeinschaftsrecht verstoßen hat, dann kann sie kraft Artikel 258 des Vertrages ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. (EU Kommission 2012) Arbeitgeber in den EU-Mitgliedstaaten sind hierbei zur Kontrolle verpflichtet, dass es zu keiner Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts am Arbeitsplatz kommt. (EU Kommission 2012)

Gender Pay Gap

Die Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern sind trotz der Bemühungen der EU nicht zu übersehen. Es gibt hier jedoch auch einige unterschiedliche

Betrachtungsweisen, welche es zu berücksichtigen gilt. Die Gründe, warum Gender Gaps überhaupt entstehen, liegen in der langjährigen Diskriminierung und in Ungleichbehandlungen am Arbeitsmarkt, welche vorüberwiegend Frauen betreffen. Die Ursachen hierfür sind weitläufig und stehen oft in einer wechselseitigen Beziehung (EU Kommission 2012):

Direkte Diskriminierung: Oft kriegen Frauen für eine gleichwertige Arbeit weniger Einkommen ausbezahlt als Männer in der gleichen Position. Diese Lohndifferenzen spielen jedoch in der Lohnlücke nur eine kleine Rolle. (EU Kommission 2012)

Die geringgeschätzte Arbeit von Frauen: Häufig wird bei der Ausübung von gleichwertigen Tätigkeiten auf die Kompetenzen der Frauen vergessen. Der Grund hierfür liegt in der Annahme, dass die Tätigkeiten von Männern mehr Wert haben. Tätigkeiten, die ähnliche Fähigkeiten, Qualifikationen oder Erfahrung erfordern, sind in der Regel dann schlecht bezahlt und unterbewertet, wenn bei ihnen der Anteil von Frauen gegenüber demjenigen der Männer überwiegt. (EU Kommission 2012)

Trennung am Arbeitsmarkt: Diese verursacht ebenfalls eine unterschiedliche Entlohnung zwischen den Geschlechtern. Frauen und Männer tendieren nach wie vor zu unterschiedlichen Berufen und Tätigkeitsbereichen. Das Überangebot in manchen Branchen an Frauen und an Männern schließt automatisch eine unterschiedliche Behandlung des Entgeltes mit ein. Ein Grund ist der, dass Frauen meistens in Branchen und Berufsfeldern arbeiten, in denen ihre Arbeitskraft geringer bewertet und bezahlt wird als in Branchen mit hohem Männeranteil. Beispielsweise sind Frauen im Management- und Führungspersonen unterdurchschnittlich vertreten. In den Unternehmen in der EU beträgt der Frauenanteil nur 32 Prozent im Management und nur 10 Prozent in den Vorständen der größeren Unternehmen. In ganz Europa gibt es nur 29 Prozent Wissenschaftlerinnen und Ingenieurinnen. (EU Kommission 2012)

Traditionen und Klischeevorstellungen: Die Auswahl des Bildungsweges und des Beschäftigungsverhältnisses hängt auch oft von Tradition und Klischeevorstellungen ab. Wegen solcher Klischeevorstellungen wird von Frauen meistens von vornherein erwartet, dass diese ihre Arbeitszeit reduzieren oder die Berufstätigkeit ganz aufgeben, um sich um die Kindererziehung oder die Pflege von älteren Angehörigen zu kümmern. Die weibliche Bevölkerung macht zwar einen 55 Prozent-Anteil bei den Universitätsstudien-

aus, jedoch besitzen nur sehr wenige Frauen einen Abschluss in Mathematik, IT- oder Ingenieurwesen. Hieraus lässt sich auch ableiten, dass nur sehr wenige der weiblichen Absolventinnen ihre berufliche Zukunft in naturwissenschaftlichen oder technischen Bereichen suchen, was wiederum in vielen Fällen dazu führt, dass Frauen in geringer geschätzten und minder bezahlten Sektoren der Wirtschaft tätig sind. (EU Kommission 2012)

Vereinbarkeit von Privatleben und Arbeit: Wenn es darum geht, Arbeit- und Privat- bzw. Familienleben unter einen Hut zu bringen, haben Frauen oft das Nachsehen. Die ihnen aufertragenen Pflichten gegenüber den abhängigen Familienmitgliedern und dem Partner hindern sie oft, die Karriereleiter raufzusteigen. Auch die fehlende Kinderbetreuung macht vielen Frauen Probleme, wenn diese einem „normalen“ Beschäftigungsverhältnis nachgehen wollen. Die Beschäftigungsquote von Frauen mit Kinderbetreuungspflichten liegt nur bei 62,4 Prozent gegenüber 91,4 Prozent bei den Männern. Es gibt zwar immerhin noch die Option, Teilzeit zu arbeiten, jedoch ist dies für viele Frauen eher eine Notwendigkeit, um Erwerbstätigkeit und familiäre Verpflichtungen vereinbaren zu können. Europaweit arbeitet über ein Drittel der Frauen in Teilzeitbeschäftigungen, bei den Männern liegt der Anteil nur bei acht Prozent. Dies schlägt sich wiederum in der Lohndifferenz nieder, da die Stundenlöhne von Beschäftigten in Teilzeit und Vollzeit unterschiedlich ausfallen. (EU Kommission 2012)

Geschlechtsspezifisches Lohngefälle in Österreich

In Österreich lag das geschlechtsspezifische Lohngefälle im Jahr 2010 bei rund 25,5 Prozent. Dies bedeutet, dass Frauen im Durchschnitt um 25,5 Prozent weniger Entgelt in gleicher beruflicher Tätigkeit bekommen als Männer. Hier ist besonders zu betonen, dass alle anderen 26 Mitgliedsländer bessere Werte erzielten, sogar die als klassische „Macho-Regionen“ verschrienen südeuropäischen Länder, wie Spanien oder Italien, liegen hier weiter vorne. (Europäische Kommission Österreich 2012) Das Bundeskanzleramt Österreichs initiiert diverse Frauenprojekte und Förderungen, welche die Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst, Gabriele Heinisch-Hosek, betreut. Es werden beispielsweise seitens der Frauensektion im Bundeskanzleramt spezielle anteilige Kosten für folgende Maßnahmen in Form einer Förderung übernommen:

- Beratung und Unterstützung beim beruflichen Ein-, Auf- und Wiedereinstieg unter besonderer

Berücksichtigung der Schließung der Lohn- und Gehaltsschere;

- begleitende frauenspezifische Bildung und Qualifikation insbesondere hinsichtlich neuer Technologien, beruflicher Neuorientierung und Fort- und Weiterbildung;
- bewusstseinsbildende und praxisbezogene Projekte zur Gleichstellung;
- Unterstützung von Projekten zur Integration von Frauen mit besonderen Bedürfnissen und Anliegen. (Bundeskanzleramt Österreich 2012)

Abschließend kann man sagen, dass die EU schon viele Schritte zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen geleistet hat, es aber immer noch viel zu tun gibt. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Viviane Reding, ließ im Vorwort für die Strategie zur Gleichstellung von Männern und Frauen 2010 – 2015 verlauten:

„Es steht außer Frage, dass in Zukunft mehr Frauen am Erwerbsleben teilnehmen müssen, wollen wir die-

ses Ziel erreichen und soll der Motor der europäischen Wirtschaft wieder anspringen. Europa täte gut daran, die Talente von Frauen besser zu nutzen, denn schließlich sind Frauen hervorragende Problemlöserinnen und Multitasking-Expertinnen.“ (EU Kommission: Strategie zur Gleichstellung 2010 – 2015)

Tanja Baumgartner

Quellen

- EU Kommission 2012. URL: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/index_de.htm dl. 01.12.2012
- EU Kommission Österreich 2012. URL: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-pay-gap/files/gpg-fiches_at_de.pdf dl. 01.12.12
- Bundeskanzleramt Österreich: Frauenangelegenheiten und Gleichstellung. URL: <http://www.frauen.bka.gv.at/site/5509/default.aspx#a1> dl. 01.12.2012
- Europäische Kommission: Strategie für die Gleichstellung von Männern und Frauen 2010 – 2015. URL: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/gender_strategy_de.pdf dl. 01.01.12

Der Bologna-Prozess kritisch betrachtet

Der Bologna-Prozess ist die seit Jahrzehnten tiefgreifendste Veränderung im europäischen Hochschulraum. Seine Implementierung bedeutet(e) aber mehr als die viel diskutierte dreigliedrige Studienstruktur und das Bewerten in ECTS-Credits. Der folgende Artikel versucht in aller Kürze die tatsächliche Reichweite des Bologna-Prozesses zu skizzieren und einige der mit ihm einhergehenden Versäumnisse aufzuzeigen und zu kritisieren.

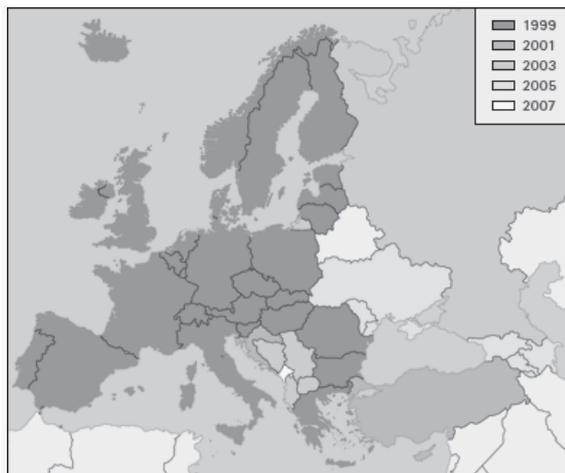
Das Ziel des 1999 gestarteten Bologna-Prozesses war es, durch eine Vielzahl von Reformen und Zielsetzungen einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Er sollte einerseits einzelne Studien(leistungen) vergleichbarer und somit zugäng-

licher machen, aber auch den gesamten europäischen Hochschulraum wettbewerbsfähiger und attraktiver gestalten. Diese Zielsetzung spiegelt sich in den von Anfang an bestimmenden drei Punkten wider: Implementierung des dreistufigen Bachelor/Master/Doktorat-Systems, Qualitätssicherung und Vergleichbarkeit von Studienzeit und -leistung. (vgl. Soyka. 2010)

Der Bologna-Prozess geht seit 2010 in der „European Higher Education Area“ auf. Um die schon im Bologna-Prozess festgelegten Zielsetzungen zu behandeln, finden zweijährlich Treffen mit den zuständigen MinisterInnen der 47 teilnehmenden Länder statt. Basierend auf den bei den jeweiligen Treffen fixierten Communiqués werden, aufbauend auf den davor stattgefundenen Treffen, jeweils neue Schwerpunkte definiert. Im 2012 beschlossenen Bucharest Communiqué sind das die Punkte Mobilität, Employability und Qualität(ssicherung).

Organisationsstruktur und inhaltliche Ausrichtung

Die zentrale Rolle in der Struktur des Bologna-Prozesses nimmt die Bologna Follow-Up Group (kurz BFUG) ein. Hier werden die genannten Schwerpunkte



Die 47 am Bologna-Prozess und dem Europäischen Hochschulraum teilnehmenden Staaten, visualisiert anhand ihres Eintrittsdatums. Quelle: <http://www.heise.de/tp/artikel/30/30534/1.html>. (abgerufen am 27.11.2012)

ausgearbeitet und in den jeweiligen Arbeitsgruppen konkretisiert und fixiert. In der BFUG ist neben allen 47 teilnehmenden Staaten ein/e VertreterIn der Europäischen Kommission vertreten. Daneben gibt es beratenden Institutionen, wie die European Students' Union (ESU), den Europarat, die European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQUA), Education International (EI / Lehrendengewerkschaft), die European Association of Institutions in Higher Education (EURASHE), das European Centre for Higher Education (UNESCO-CEPES) und European Business (BE). (vgl. Europäische Kommission. 2012)

Alles Organisatorische und Koordinierende ist beim Bologna-Sekretariat und dem Board, das sich jeweils aus der EU-Präsidenschaftstroika und einem Mitglied der EU-Kommission konstituiert, angesiedelt. Hier werden die zweijährig stattfindenden Konferenzen vorbereitet. Die ESU, der Europarat und die EURASHE haben hier ebenso beratende Funktionen. (vgl. Soyka. 2010)

Um die definierten Aufgabenfelder, wie Vergleichbarkeit und Anpassung der Studienstruktur, Mobilität von Hochschulpersonal und Studierenden und die Wettbewerbsfähigkeit des Bologna-Raums, zu gewährleisten, wird mit sogenannten Action Lines gearbeitet. Diese Action Lines werden in den jeweiligen Communiqués definiert. (vgl. Soyka. 2010)

Das aktuelle Bucharest Communiqué legt folgende Action Lines vor: Qualitätssicherung, zwei- bis dreigliedrige Studienstruktur, Mobilität, Einfüh-

rung des ECTS-Credit Systems, Vergleichbarkeit von Studien(abschlüssen), Einbinden von StakeholderInnen, Attraktivierung des europäischen Hochschulraums und lebenslanges Lernen. (vgl. Europäische Kommission. 2012)

Im Folgenden werden anhand der Punkte Mobilität und Employability exemplarisch die Ziele und die damit verbundenen Probleme analysiert.

Die „Action Line“ Mobilität – Zielsetzung und Probleme

Die Grundintention hinter dieser Zielsetzung ist es, durch gesteigerte Mobilität von Lernenden und Lehrenden einen dynamischeren und kooperativeren Hochschulraum in Europa zu implementieren und gleichzeitig das Niveau von Forschung und Lehre zu steigern. Daneben geht es auch um den Erwerb sogenannter „soft skills“, kurz um kulturelle Fertigkeiten. (vgl. Europäische Kommission. 2012)

Gerade in der Umsetzung dieser zentralen Punkte tun sich aber in vielen Ländern erhebliche Probleme auf. So sind zum Beispiel Auslandsaufenthalte schwerer geworden und sowie bei der Anrechnung der Lehrinhalte mit mehr (bürokratischen) Hürden verbunden als zuvor. Am Beispiel Österreich lässt sich sogar eine erschwerte Mobilität zwischen den einzelnen Hochschulen konstatieren. (vgl. Soyka. 2010)

Die Einschränkung der Flexibilität lässt sich vor allem an den unterschiedlichen ECTS-Bewertungen für inhaltlich gleiche Lehrveranstaltungen, die sich lediglich in den Betitelungen oder im Lehrveranstaltungstyp unterscheiden, festmachen. Aufgrund dieser Vorgehensweise wird teilweise sogar ein inner-österreichischer Studienwechsel verunmöglicht. Diese Probleme spiegeln sich, oft zusätzlich mit einer sprachlichen Komponente verbunden, auf transnationaler Ebene. Die Möglichkeiten auf ein Auslandsstudium haben sich real auch drastisch verschlechtert, weil dies durch nicht adaptierte Stipendiensysteme und der im Bachelor verkürzten Studienzeiten vor allem sozial schwachen Studierenden verunmöglicht wird. (vgl. Soyka. 2010)

Die „Action Line“ Employability – zwischen Ökonomisierung und der Freiheit von Wissenschaft und Lehre

Die Forderung nach Employability stellt eine zentrale Zielsetzung im Bologna-Prozess und so auch im aktuellen Communiqué aus dem Jahr 2012 dar:

„Today's graduates need to combine transversal, multidisciplinary and innovation skills and competences

with up-to-date subject-specific knowledge so as to be able to contribute to the wider needs of society and the labour market." (Bucharest Communiqué. 2012)

Die Richtung, die hier eingeschlagen wird, zielt klar auf die ökonomische Verwertbarkeit von Bildungs(sabschlüssen) ab. Die zunehmende Orientierung an wirtschaftlicher Nützlichkeit entsteht zu einem großen Teil aus der Unterfinanzierung der Hochschulen durch die öffentliche Hand, was wiederum die zunehmende Abhängigkeit von DrittmittelgeberInnen verstärkt. Hier ergibt sich ein zentraler Konflikt mit einem der wichtigsten Grundsätze, der bereits im Artikel 17 der österreichischen Bundesverfassung formuliert wird – „[...] die Wissenschaft und ihre Lehre [ist] frei [...]“ (Österreichisches Staatsgrundgesetz. 1867). Dem Bildungsbegriff wird hier ein universeller Anspruch gestellt, der – auch wenn klar ist, dass Bildung natürlich auch Ausbildung ist – dem Verständnis vom Employability, wie es im Bologna-Prozess zum Ausdruck kommt, gegenübersteht. Die klare ökonomische Zielsetzung, die sich durch sämtliche Communiqués des Bologna-Prozesses zieht, ist ungleich stärker vertreten als der Gedanke von Bildung als Selbstzweck.

Schlussfolgerungen: Bologna-Prozess versus kapitalistische Logik

Der Bologna-Prozess und die ihm zugrundeliegenden Überlegungen sind in ihrer Grundintention durchaus begrüßenswert. Wie so oft mangelt es aber an der Umsetzung durch die einzelnen Staaten und die dort zuständigen EntscheidungsträgerInnen. Dies hat meiner Meinung nach zwei Ursachen:

Einerseits ist der Bologna Prozess nur ein Vorschlag, den zwar alle Staaten gewillt sind umzusetzen, aber dies eben in unterschiedlichem Tempo und vor allem mit unterschiedlicher Betrachtung der dem jeweiligen Hochschulsystem zugrundeliegenden strukturellen Probleme. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Ideen des Bologna-Prozesses nur halbherzig und vor allem oberflächlich, nämlich nur um eine weitere Aufgabenstellung abhaken zu können, umgesetzt werden.

Andererseits sind der Bologna-Prozess und damit alle mit ihm verbundenen AkteurInnen in ein kapitalistisches System eingebettet und somit dessen Logik unterworfen. Das bedeutet, dass diese europaweite Hochschulreform natürlich im Kontext der Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit steht. Bildung wird damit zur Ware und viele der grundsätzlich guten Ideen, wie die Steigerung der Mobilität der Lehrenden und Studierenden, die Anrechnungs- und Vergleichsmöglichkeiten für Studierende und viele wei-

tere Punkte, werden leider in das genaue Gegenteil ihrer Grundintention verdreht. Trotz alledem haben die EntscheidungsträgerInnen in den einzelnen Staaten eine gewisse Gestaltungsmacht, die sie (leider) kaum nutzen, um eine sinnvolle Reform des jeweiligen Hochschulsystems einzuleiten.

Ein weiterer Kritikpunkt, der eher in der strukturell organisatorischen Konzeption des Bologna-Prozesses seine Wurzeln hat, ist die fehlende Mitbestimmung der Studierenden. Zwar haben Studierende ein gewisses Kontroll- und Vorschlagsrecht, gleichzeitig wird ihnen aber wirkliche Mitbestimmung in den eingerichteten Gremien verwehrt. Dass die im hochschulpolitischen Kontext größte Personengruppe und gleichzeitig die am stärksten Betroffenen an der genauen Ausgestaltung, sowohl auf transnationaler wie auch auf nationaler und lokaler Ebene, nicht mitwirken kann, wirft ein schlechtes Licht auf den gesamten Prozess. Denn gerade die immer wieder stattfindenden Studierendenproteste, wie zum Beispiel die #unibrennt-Bewegung 2009/10 in Österreich, zeigen, dass Studierende durchaus Interesse an Bildungspolitik haben und gewillt sind, für eine gerechte und offene Hochschulpolitik zu kämpfen.

Elias Gassner

Quellen

- Europäische Kommission. The Bologna Process. <http://www.heise.de/tp/artikel/30/30534/1.html>. (abgerufen am 27.11.2012).
- Official Bologna Process Homepage. 2012. <http://www.ehea.info/> (abgerufen am 27.11.2012)
- Bucharest Communiqué (2012). <http://www.ehea.info/Uploads/%281%29/Bucharest%20Communique%202012%281%29.pdf> (abgerufen am 27.11.2012)
- The Bologna Declaration of 19 June 1999 – Joint declaration of the European Ministers of Education. http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/documents/MDC/BOLOGNA_DECLARATION1.pdf (abgerufen am 27.11.2012)
- Österreichisches Staatsgrundgesetz. 1867. <http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR12000056/NOR12000056.pdf> (abgerufen am 30.11.2012)
- Soyka, J. 2011. Der Bologna-Prozess. in: Wessen Bildung? – Beiträge und Positionen zur bildungspolitischen Debatte. Hrsg.: Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenenschaft. Wien: Mandelbaumverlag.

Macht uns der neue Bachelor dumm?

Die Bologna-Erklärung von 1999 hatte es sich zum Ziel gesetzt, ein System von Abschlüssen zu schaffen, die international leichter anerkannt und vergleichbar sind, sprich den aktuellen Bachelor, Master und Doktor. Dieses neue System arbeitet nach einem Leistungspunktesystem, den ECTS-Punkten. Somit sollte der Bologna-Prozess Mobilitätshürden von Studierenden, Lehrenden und WissenschaftlerInnen aus dem Weg räumen, um eine europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich zu ermöglichen. Doch was hat dieser Bologna-Prozess für uns wirklich geschaffen und warum glauben viele, der Bachelor macht dumm?

Die Bologna-Erklärung ist eine freiwillige Verpflichtung aller Unterzeichnerländer zur Verbesserung des Bildungssystems. Zurzeit nehmen 47 Staaten am Bologna-Prozess teil, alle zwei Jahre findet ein Ministertreffen statt, um den Fortschritt im Erreichen der Ziele festzustellen. Das oberste Ziel der Reform ist es, ein einheitliches System zu schaffen, d.h. Bachelor, Master und Doktor in allen Bologna-Ländern nach gleichen Kriterien zu gestalten. Somit sollen Mobilitätshemmnisse überwunden werden, es werden internationale Chancen geschaffen, schon während des Studiums. Auslandssemester werden leichter, später einen Job im Ausland zu finden ebenfalls. Nebenbei geht mit der Reform die verkürzte Studiendauer einher. Einen Bachelor bekommt man in sechs Semestern, den darauf aufbauenden Master in weiteren vier Semestern (vgl. <http://www.bmbf.de>).

ECTS – die Währung der Studierenden

Nach dem Bologna-Prinzip werden einzelne Punkte für einzelne Lehrveranstaltungen vergeben. Nach dem European Credit Transfer System (ECTS) werden Punkte zugeteilt. Für den Bachelor muss man insgesamt 180 ECTS, für den Master nochmals 120 ECTS absolvieren. Das bedeutet für die Studierenden im Bachelorstudium 30 ECTS in einem Semester, um das Studium in der Mindeststudienzeit schaffen zu können. Somit wird Bildung in Punkten gemessen, die Jagd auf

ECTS-Punkte ist eröffnet. Man wählt oft Lehrveranstaltungen nicht aus persönlichem Interesse, sondern zieht den interessanten Kursen jene vor, die mit wenig Aufwand viele ECTS bringen – ECTS – die Währung des Erfolgs. Alles, um in der Mindeststudienzeit fertig zu sein, um fit für den Arbeitsmarkt zu sein. Das Ganze gleicht mittlerweile einem Computerspiel, Studierende versuchen, so schnell wie möglich von Modul zu Modul zu springen und am Weg zum Ziel genügend ECTS zu ergattern.

Es geht nicht mehr darum, in einem Studium die Freiheit zu haben, sich mit den Inhalten so intensiv wie man möchte auseinanderzusetzen, denn Freiheit im Studium gibt es schon lange keine mehr. Die neuen Bachelorstudienpläne sind durchzogen von Voraussetzungsketten, Knock-out-Prüfungen und überfüllten Hörsälen, immer darauf bedacht, den Erfolg in ECTS zu messen. LangzeitstudentInnen werden als faul abgestempelt, StudienabbrecherInnen als unmotiviert. Es ist schwer geworden, im ECTS-Dschungel nach links und nach rechts zu blicken, sich klar zu werden, was einen wirklich interessiert, man muss immer den Arbeitsmarkt mitbedenken. So sitzt man in einem vollen Hörsaal und denkt nur: „Gegen diese Menschen muss ich mich am Arbeitsmarkt durchsetzen?“

Bachelor – die Angst studiert mit

„Der Bachelor, international anerkannt, öffnet viele Türen in der Arbeitswelt.“ Ein Statement mit Wahrheitsgehalt oder doch nur ein Wunschdenken der Bologna-Erklärung? Dass Studierende im Bachelorstudium mit der Angst leben, danach schlechte Berufschancen zu haben, ist schon lange kein Geheimnis mehr. Obwohl es Studien gibt, die zeigen, dass man mit einem Bachelorabschluss durchaus Fuß am Arbeitsmarkt fassen kann, hat sich diese Angst scheinbar in den Köpfen der Unibesucher festgesetzt. Dieses Problem steht im Zusammenhang mit dem Ziel der Vereinheitlichung. Ein Student in einem Bachelorstudiengang hat in diesen sechs Semestern kaum Chancen, sich individuell interessant für seine zukünftigen Arbeitgeber zu machen. Man ist Teil der breiten Masse, auch ein breites Schwerpunktprogramm kann hier keine Abhilfe schaffen. Viele befürchten, nach einem Bachelor-Abschluss mit dem Vorurteil konfrontiert zu sein, keine Praxis und kein ausreichendes Know-how vorzeigen zu können und somit in einem Job zu landen, in dem sie nach Maturaniveau bezahlt werden.

Doch hier liegt das Problem meist auf Seiten der ArbeitgeberInnen, viele Unternehmen wissen noch zu wenig über die Kompetenzen der Bachelor-Absolventen.

Innen. Sie sind noch vertrauter mit AbsolventInnen von längeren Studiengängen, die somit höhere und verantwortungsvollere Positionen besetzen können. Ein/e AbsolventIn mit Master-Abschluss wird in etwa gleichermaßen kompetent angesehen. AbsolventInnen mit FH-Abschluss können wiederum mit Praxiserfahrung überzeugen. Der Bachelor-Abschluss hingegen wird oft als unvollständiger Abschluss gesehen, als ein Halbprodukt (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005)

Bologna Reform – Ausbildung statt Bildung

Der wohl am häufigsten kritisierte Punkt am Bologna-Konzept ist die neue Schnelligkeit des Studiums – ein Abschluss in drei Jahren, das war vor der Reform kaum denkbar. Aber ist so schnelles Studieren auch wirklich sinnvoll? Viele Studierende, die erst am Anfang des Studiums stehen, haben Orientierungsprobleme. Ist es das richtige Studium, habe ich genug Interesse an den Themengebieten, die mein Studium behandelt? Doch viel Zeit zum Überlegen bleibt einem im Bachelorstudium kaum, und wenn man schon fast die Hälfte hinter sich hat, wird man dann doch nicht aufgeben. Dauert ja nur drei Jahre das Ganze, da quält man sich schon irgendwie durch. Aber hat dieses System dann noch etwas mit Bildung zu tun?

Eine Universität ist eine Einrichtung der Freiheit, man kann seine Bildungsrichtung frei wählen, man kann über den Tellerrand hinausblicken. In drei Jahren erscheint es jedoch kaum möglich, seine Persönlichkeit ins Studium einzubinden und so individuell zu lernen. Im Masterstudium ist die Situation noch einmal schwieriger: sich innerhalb von zwei Jahren zu spezialisieren, aufbauend auf Grundkompetenzen, die man vielleicht bereits vergessen hat? Andererseits hat man hier die Chance auf Freiheit, man kann aus zahlreichen Masterstudien jenes auswählen, bei dem das Interesse geweckt wird.

Alles schlecht – oder doch nicht?

Auch wenn die Bologna-Reform viel Kritik einstecken musste, ist zu betonen, dass sie vieles geschaffen hat. Auslandssemester sind leichter zu handhaben, es ist weit mehr Internationalität gegeben, die vorher einfach unvorstellbar war. In Österreich studieren, im Ausland arbeiten mit einem Abschluss, der überall gültig ist. Auch wenn der Bologna-Prozess sein zehnjähriges Jubiläum bereits gefeiert hat, ist die Reform noch ganz am Anfang. Es dauert immer eine Weile, bis sich Neues bewährt hat, bis die Wirtschaft gelernt hat, mit Bachelor- und Master-AbsolventInnen umzugehen. Die Bologna-Reform hat keineswegs neue Probleme geschaffen, sie hat die alten, lange bestehen-

den Probleme an die breite Öffentlichkeit getragen. Man kann keine Reform schlecht machen, ohne die Folgen wirklich abschätzen zu können.

Das Problem das zurzeit besteht, ist die Öffentlichkeit, BachelorstudentInnen erhalten tagtäglich die Botschaft, wie wenig wert ihr Abschluss ist. Doch wenn man gut ist, ist der Abschluss nicht ausschlaggebend bei der Jobsuche. Die Bologna-Reform macht nicht die guten Studierenden schlecht, sondern gibt den schlechten bessere Chancen. Studierende im Bachelor lernen nicht unbedingt weniger als herangehende Magister vor zehn Jahren. Es hat sich nur das Wie verändert, dem früheren StudentInnenleben „voller Freizeit und Faulheit“ steht ein Bachelor-Studium gegenüber, vollgestopft mit ECTS, verwirrenden Voraussetzungen und geringen Wahlmöglichkeiten.

Am Ende steht die Antwort

Bleibt nur noch die Frage zu klären, ob Studieren in der heutigen Zeit dumm macht. Ist es wirklich nur noch eine Jagd nach ECTS, ein Studentenleben, in dem man sogar an einem Sonntag um acht Uhr in der Bibliothek sitzt und Bücher auswendig lernt? Das Studium ist das, was man daraus macht. Sicherlich ist der Bachelor anfällig für Menschen mit Scheuklappen, die starr in eine Richtung denken, nach sechs Semestern ihr Zeugnis in Händen halten und nichts gelernt haben außer dem, was der Studienplan vorgibt, für viele der Prototyp der Bologna-Reform.

Man kann aber auch das nutzen, was die Reform geschaffen hat, die Internationalität, von der man profitieren kann, jeder Studierende ist selbst für sich verantwortlich, wie er sich bilden möchte, was er lernen möchte und wie lange er dafür brauchen will. Jeder von uns kann die Freiheit nutzen, die eine Universität bietet. Die Situation am Arbeitsmarkt bleibt dieselbe, draußen warten keine Firmen mehr, die sich um AbsolventInnen reißen. Ob man sich Zeit lässt oder ob man das Studium schnell beendet, Hauptsache ist, man besitzt den Egoismus und macht es vom Massensstudium zu seinem individuellen, eigenen Studium.

Ines Brunhuber

Quellen

Bundesministerium für Bildung und Forschung <http://www.bmbf.de/de/3336.php> (dl: 25.11.2012)

Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005:

Stand der Einführung von Bachelor und Master Studiengängen im Bologna Prozess sowie in ausgewählten Ländern Europas im Vergleich zu Deutschland: <http://>

www.hrk-bologna.de/bologna/de/download/dateien/bachelor_u_master_im_bolognaprozess_in_eu_2005.pdf (dl: 25.11.2012)

Europa Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung http://europa.eu/legislation_summaries/education_training_

youth/lifelong_learning/c11088_de.htm (dl: 25.11.2012)
Europa Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung http://europa.eu/legislation_summaries/education_training_youth/lifelong_learning/c11088_de.htm (dl: 25.11.2012)
www.zeit.de

Bologna und die internationale Mobilität

Die Förderung der Mobilität ist eines der Hauptziele der Bologna Erklärung vom 19. Juni 1999. Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 mindestens 50 Prozent der Studierenden mit einem Auslandsaufenthalt zählen zu können. Doch was steckt eigentlich hinter dem Ziel der Mobilität und welche Faktoren haben einen Einfluss auf die Umsetzung dieses Ziels?

Der Bologna-Prozess bezeichnet ein Strukturmodell, das die Harmonisierung des europäischen Hochschulraumes zum Ziel hat. Dabei beteiligen sich 46 Staaten, welche selbstständig mittels rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Bologna-Prozesses beitragen. Die konkrete Verantwortung für die Umsetzung des Prozesses obliegt jedoch den Universitäten, welche auf Basis gesetzlicher Vorschriften Initiativen zur Implementierung von Systemen schaffen, um die Vergleichbarkeit und Internationalisierung von Studienabschlüssen zu gewährleisten. (vgl. Uni-Graz 2010)

Im Zusammenhang mit den wesentlichen Zielen des Bologna-Prozesses wird zum Zweck der Schaffung eines europäischen Hochschulraumes neben der Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen durch die Einführung gestufter Studienprogramme (mit den drei Stufen Bachelor, Master und Doktor/PhD), der Vereinfachung der Anerkennung unter anderem durch die Verwendung des Diploma Supplements, der Einführung des Kreditpunktesystems ECTS, der Internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der Internationalen Beschäftigungsfähigkeit und der Kooperation im Bereich der Qualitätssicherung auch die Förderung größtmöglicher Mobilität als eines der Hauptziele angeführt. (vgl. european commission 2012)

Definition der Mobilität

Hierbei ist anzumerken, dass die Zielsetzung der Mobilität keine akademischen Inhalte oder Wissenschaftskonzepte aufweist, sondern als ein nicht hinterfragter Wert „an sich“ gilt, im Sinne einer individuellen, vielleicht auch kulturellen Bereicherung. Primär ist unter Mobilität jedoch die internationale Beweglichkeit der universitären Aktivitäten zu verstehen, die sowohl die physische Bewegung der StudentInnen und Forschenden als auch die Entwicklung gemeinsamer Curricula und die internationale Zusammenarbeit von Institutionen und Netzwerken mit einschließt. Der Zweck der Mobilität liegt demnach im engeren Sinne darin, persönliche Freiheitsrechte zu verwirklichen und Verständnis für andere Nationen und Kulturen zu entwickeln. Darüber hinaus soll Mobilität einen Beitrag zur Schaffung des europäischen Arbeitsmarktes leisten und die Attraktivität der europäischen Bildungsangebote auf dem globalen Bildungsmarkt steigern. (vgl. Kohler 2006, S. 2f)

Ziel: Förderung der Mobilität

In diesem Sinne bekannten sich die BildungsministerInnen der Mitgliedstaaten bei der Bologna-Folgekonferenz 2012 zur Mobilitätsstrategie 2020, um die gewünschten Zustände betreffend der Mobilität weiter voranzutreiben.

Österreich hat sich dabei zum Ziel gesetzt, dass bis 2020 mindestens 50 Prozent der AbsolventInnen während ihres Studiums einen Studien-, Praxis- oder Forschungsaufenthalt im Ausland wahrgenommen haben. (vgl. Unger u.a. 2010, S. 3) Doch an welche Faktoren ist die Zielerreichung tatsächlich gebunden?

Abhängigkeit der Mobilität vom Studientyp

Zu den Auslandsaufenthalten, bezogen auf die studentische Mobilität, zählen Auslandssemester, Auslandspraktika, Sprachkurse und Forschungsaufenthalte im Ausland sowie Summer Schools. Fasst man alle diese Aufenthalte zusammen, so waren laut Zusatzbericht zur Studierenden-Sozialerhebung 2009 22 Prozent der Studierenden international mobil. Hierbei ist die Beantwortung der Frage, welche Faktoren Auslandsaufenthalte von StudentInnen beeinflussen, von

großer Bedeutung. Bei näherer Betrachtung der Studientypen zeigt sich, dass Masterstudierende gegenüber Bachelorstudierenden häufiger Auslandsaufenthalte absolvieren. (vgl. Unger u.a. 2010, S.9ff) Auf der einen Seite ist dies auf die Tatsache zurückzuführen, dass das Masterstudium (wenn man das Bachelor-Studium mit einrechnet) insgesamt länger dauert und somit mehr Zeit für einen Auslandsaufenthalt bleibt. Auf der anderen Seite weist es auf die geringe Flexibilität im Bachelorstudium hin, weshalb auf Grund dicht gedrängter Curricula und Zeitmangel der Auslandsaufenthalt nicht untergebracht werden kann. Somit kann man sagen, dass sich der Studientyp des Bachelors nicht positiv in das Ziel der Mobilität einfügt.

Mobilitäts-Barrieren

Des Weiteren zeigt sich, dass unabhängig vom Studientyp ein Drittel der AbsolventInnen die Finanzierung der Auslandsaufenthalte als größtes Hindernis empfindet. Hinzu kommen Faktoren wie die Wohnungssuche im Ausland, der Zeitverlust für das Studium im Inland, Probleme bei der Anrechnung im Ausland absolvierter Leistungen und ein Mangel an Informationen über Förderungsmöglichkeiten, welche von Seiten der AbsolventInnen als einschränkend und problematisch bezeichnet werden. (vgl. Unger u.a. 2010, S. 38f)

Zu beachten ist auch die Gruppe der StudentInnen, die von Beginn an keinen Auslandsaufenthalt in Betracht zieht. Am häufigsten werden von Studierenden dieser Gruppe dabei die Gründe der Finanzierung, die Unvereinbarkeit mit der Familie, dem Partner/der Partnerin, der Verlust des Arbeitsplatzes oder der Zeitverlust für das Studium angeführt. Interessant ist, dass in den meisten Fällen mehr als nur ein Grund gegen einen Auslandsaufenthalt spricht. (vgl. Unger u.a. 2010, S. 73)

Unter dem Begriff „social dimension“ können somit folgende Hinderungsgründe für die Mobilität im Sinne des Bologna-Prozesses zusammengefasst werden:

- Viele StudentInnen sind auf die Erzielung eines Erwerbseinkommens angewiesen, somit stellt das vorherrschende Ausländerrecht und die Beschränkung der Arbeitsbefugnis ein erstes Problem dar.
- Die allgemeine Finanzierung und damit verbundene Möglichkeiten für Stipendien und Darlehen gelten als größtes Hindernis.
- Es sind nur wenige bzw. unzureichende Lösungsvorschläge für die Übernahme der Wohnungsfürsorge und Familienfürsorge vorhanden.

Auf der Ebene der Hochschulen können folgende Probleme ein Hindernis darstellen:

- **Transparenz des Lehrangebotes:** Die Verständlichkeit des Lehrangebotes und dessen Vergleichbarkeit müssen gegeben sein.
- **Verlässlichkeit des Lehrangebotes:** Beschriebene Informationen müssen mit dem tatsächlichen Angebot übereinstimmen.
- **Die Qualität der Leistung muss entsprechend sichergestellt werden.**
- **Gewährleistung der Leistungsanerkennung:** Die erbrachte Leistung muss auch praktisch nutzbar und ertragreich sein. (vgl. Kohler 2006, S. 4)

Zielerreichung

Da bereits im Jahr 2009 ca. die Hälfte des gesetzten Ziels von Auslandsaufenthalten für 2020 erreicht wurde (vgl. Unger 2010, S. 10), könnte man optimistisch prognostizieren, dass diese Quote in den nächsten 10 Jahren auch weiter ansteigen wird. Wenn man jedoch die Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes als größte Barriere für Studierende heranzieht und davon ausgeht, dass die Stipendien und Förderungen für den Auslandsaufenthalt von StudentInnen nicht rapide ansteigen werden, erscheint die Erreichung des gesetzten Ziels als unrealistisch. Hinzu kommt, dass Studierende selbst auf die oben genannten Hinderungsgründe keinen Einfluss haben.

Studierende, die vermehrt auf die Erwerbsarbeit angewiesen sind und deren Entgelt bei einem Auslandssemester wegfallen würde, stehen somit einem großen Problem gegenüber. Besonders betroffen sind in diesem Fall vor allem StudentInnen aus niedrigeren sozialen Schichten. Sollte dennoch die Zahl der AbsolventInnen mit einem Auslandsaufenthalt steigen, ist dies in erster Linie auf die Studierenden aus höheren sozialen Schichten zurückzuführen.

Schwerpunktsetzung

In diesem Sinne sollten Förderungen und Stipendien besser an die Situation der Studierenden und die Zielsetzungen des Bologna-Prozesses angepasst werden. Basierend auf diesen Ausführungen zu den genannten Problembereichen ist den Bemühungen um die Beseitigung von Mobilitätshindernissen für Studierende, Lehrende und Forschende ein zentraler Stellenwert einzuräumen. Dabei sollen sich Lösungsansätze und zielfördernde Aktivitäten nicht nur national, das heißt auf den Innenbereich beziehen, sondern auch international im Außenbereich stattfinden. Österreichische Hochschulen profitieren schließlich vom Aufenthalt

ausländischer Studierender, Lehrender und Forschender in Österreich genauso wie von den gesammelten Erfahrungen und dem Wissen inländischer StudentInnen im Ausland. Primäres Ziel und somit die größte Herausforderung in der Diskussion um Mobilität wird es sein, die vorherrschende Diskrepanz zwischen den bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten und den realen Umständen zu verringern. (vgl. bmf.gv.at)

Carmen Schornsteiner

Quellen

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: URL: http://www.bmwf.gv.at/startseite/studierende/studieren_im_europaeischen_hochschulraum/bologna_prozess/

bologna_in_oesterreich/ (dl. 18.11.2012)
 European Commission: URL: http://ec.europa.eu/education/higher-education/bologna_en.htm (dl.18.11.2012)
 Kohler, Jürgen (2006): Internationalität und Mobilität an Österreichs Universitäten, Universität Greifswald: URL: http://www.oefg.at/text/veranstaltungen/international_mobilitaet/Beitrag_Kohler.pdf (dl: 18.11.2012)
 Unger, Martin/Grabher, Angelika/Wejwa, Petra/Zaussinger, Sarah (2010): Internationale Mobilität – Zusatzbericht der Studierenden-Sozialerhebung 2009; Wien. URL: http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/wissenschaft/publikationen/internationale_mobilitaet_2009.pdf (dl: 18.11.2012)
 Universität Graz: URL: http://www.uni-graz.at/evp3www/evp3www_lehrservice/evp3www_bologna.htm (dl: 18.11.2012)

Referierte Ausgabe „Soziale Dienstleistungen im Wandel“ – Call for Papers

Im Bereich sozialer Dienste können gegenwärtig folgende Wandlungsprozesse ausgemacht werden:

- 1) *Die sozialen Dienstleistungen stehen schon seit einiger Zeit unter einem massiven Finanzierungsdruck, aus budgetären Gründen bzw. – allgemeiner gefasst – aufgrund der stattgefundenen ökonomischen Veränderungen (Stichwort: Finanz- und Wirtschaftskrise).*
- 2) *Infolge verschiedener soziodemografischer Trends ist die Sozialpolitik mit neuen sozialen Risiken und Aufgabenfeldern konfrontiert (z.B. Child Care, Sprachkurse für MigrantInnen, Ausweitung der Pflegedienstleistungen).*
- 3) *Feststellbar ist weiters eine Veränderung der Anbieterstruktur, d.h. deren Zusammensetzung aus freien Wohlfahrtsträgern und NPOs, gewinnorientierten Anbietern bzw. For-profit-Organisationen sowie öffentlichen bzw. staatlichen Einrichtungen ist in Bewegung geraten, durch das Auftreten neuer Anbieter ebenso wie durch die Änderung der institutionellen Rahmenbedingungen.*
- 4) *Es kommt zu einer Transnationalisierung einerseits der Leistungserbringung (z.B. durch transnational agierende NPOs), andererseits der Definition von Normen (Stichwort: EU).*
- 5) *Auch die Gouvernance-Strukturen verändern sich, über die Richtung besteht in der Fachwelt allerdings Uneinigkeit: Geht es hin zu partizipati-*

veren bzw. demokratischeren Formen? Kommt es zu flacheren oder wieder zu steileren Hierarchien? Steht eine weitere Dezentralisierung oder vielmehr eine Zentralisierung der Regulierung des Angebots an sozialen Diensten auf dem Programm?

Auf jeden Fall: Es „tut sich was“ im Bereich sozialer Dienstleistungen – dieser ist „in Bewegung“. Wir wenden uns insofern an AutorInnen, die diese Trends erfassen, beschreiben, mögliche Ursachen hierfür analysieren und die Folgen der Wandlungsprozesse abschätzen und bewerten.

Die Beiträge sollten eine Länge zwischen 30.000 und 60.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) aufweisen. Grafische Elemente wie Übersichten, Tabellen und Diagramme sind möglich und willkommen. Amerikanische Zitierweise ist erbeten, d.h. Kurzbelege im Text (AutorIn, Erscheinungsjahr, Seitenangabe), Fußnoten sollten nur für inhaltliche Ergänzungen verwendet werden.

InteressentInnen werden ersucht, bis 31. März eine erste schriftliche Rückmeldung zu geben, in der das Publikationsvorhaben kurz skizziert wird, die Einreichung der Manuskripte ist bis 31. Juli möglich. Die Information über die Publikationsentscheidung erfolgt bis Ende September.

Für Fragen und Vorschläge ersuchen wir Sie, Univ. Prof. Dr. Margitta Mätzke (margitta.maetzke@jku.at bzw. 0732 2468 7163) oder Mag. Hansjörg Seckauer (hansjoerg.seckauer@jku.at bzw. 0732 2468 7168) zu kontaktieren.

Tagung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung

Ende November fand im Linzer Landhaus die ÖKSA-Jahrestagung zum Thema „Evaluierung zur Umsetzung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ statt. Seitens der anwesenden ExpertInnen wurden Verbesserungen beim Zugang zur Leistung, bei der Kooperation der zuständigen Institutionen sowie hinsichtlich der Erhöhung der Erwerbchancen der BezieherInnen beobachtet. Noch nicht vollständig gelungen ist dagegen die mit der Reform gleichfalls intendierte Harmonisierung der Rechtsgrundlagen.

Martin Staudinger vom Sozialministerium führte einleitend ins Treffen, dass Österreich vor zwei Jahren die Mindestsicherung eingeführt habe, „während andere Mitgliedstaaten der EU Einschnitte im Sozialsystem vorgenommen“ hätten. Ein wesentliches Ziel sei es, dass die BezieherInnen wieder ins Erwerbsleben integriert werden, da aus Untersuchungen bekannt sei, dass die Armut steigt, je geringer die Erwerbsbeteiligung ist. „35.000 LeistungsempfängerInnen konnten seit Einführung wieder in Arbeit vermittelt werden“ so Staudinger. Eine Studie bestätige, dass das Vorurteil, die Mindestsicherung sei missbrauchs anfällig und die BezieherInnen wären leistungsfaul, nicht gilt.

Neben Verbesserungen auch einige Probleme ungelöst

Martina Kargl von der Österreichischen Armutskonferenz hat in ihrer Monitoring-Studie die Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Mindestsicherung durch die Landesgesetzgeber untersucht. Neben einigen Verbesserungen wurde vor allem die Uneinheitlichkeit der landesgesetzlichen Bestimmungen festgestellt. „Das läuft nicht bloß der ursprünglichen Intention entgegen, sondern ist auch sachlich nicht zu rechtfertigen“, kritisierte Kargl.

Der Zugang zur Leistung für BezieherInnen wurde unter anderem durch die Informationstätigkeit (beispielsweise Info-Blätter) über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung und durch die Verbesserung der Kooperation zwischen Sozialbehörde und AMS erleichtert. Weiters sei bei rund 20 Prozent der BMS-

BezieherInnen im relativ kurzen Nachbeobachtungszeitraum von neun Monaten ein Zuwachs an Beschäftigungszeitanteilen nachzuweisen, berichtete der Sozialforscher Andreas Riesenfelder.

Mehrheit der BezieherInnen lebt in Wien

Peter Stanzl, Leiter der Sozialplanung Wien, wies darauf hin, dass für 2011 erstmals bundesweit vergleichbare Daten zur Verfügung stehen. So bezogen in diesem Jahr 193.276 Personen bzw. 119.928 Bedarfsgemeinschaften eine Geldleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs, davon rund 60 Prozent in Wien.

„Österreichweit lag der Anteil der Frauen an den BezieherInnen bei 40 Prozent (77.872 Personen), während auf die Männer 33 Prozent (63.988 Personen) und auf die Kinder knapp 27 Prozent (51.416 Personen) entfielen“ so Stanzl. Die meisten BezieherInnen waren Alleinstehende, als zweitgrößte Gruppe wurden auf Ebene der Bedarfsgemeinschaften die Alleinerziehenden (19.639 bzw. 16%) und auf Personenebene Paare mit Kindern (55.636 bzw. 29%) genannt.

Der Großteil bezog 2011 länger als sechs Monate eine Geldleistung. Bei 61 Prozent der BezieherInnen betrug die Bezugsdauer sieben bis zwölf Monate; bei 23 Prozent (Bedarfsgemeinschaften) bzw. 22 Prozent (Personen) war sie maximal 3 Monate lang. In Wien bezogen mehr als zwei Drittel länger als 6 Monate eine Leistung, in Kärnten und Tirol nur zwischen 35 und 37 Prozent. Die durchschnittliche Bezugsdauer bei den Bedarfsgemeinschaften lag in Wien mit 8,8 Monaten deutlich über jener in den anderen Bundesländern, wo sie zwischen 5 und 7,2 Monaten betrug.

Die Ausgaben betragen im Jahr 2011 insgesamt 439,1 Mio. Euro, auf Wien entfielen mit 288 Mio. Euro knapp zwei Drittel davon. Österreichweit gingen 60 Prozent der Ausgaben an Alleinstehende, 17 Prozent wurden für Alleinerziehende und 15 Prozent für Paare mit Kindern ausgegeben.

Pro Bedarfsgemeinschaft wendeten die Bundesländer durchschnittlich 3.662 Euro auf, wobei Wien mit 3.989 EUR die höchsten Ausgaben hatte, gefolgt von Vorarlberg mit Ausgaben in der Höhe des Durchschnittswertes; am niedrigsten war der Aufwand je Bedarfsgemeinschaft in Kärnten (2.566 Euro) und im Burgenland (2.640 Euro).

2011 wurden für insgesamt 48.541 Personen Krankenversicherungsbeiträge aus Mindestsicherungsmitteln der Bundesländer geleistet. Die Ausgaben dafür lagen bei 22,4 Mio. Euro. Die Hälfte davon betraf Wien.

Ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit?

Der Wiener Politikwissenschaftler Emmerich Tálos beantwortet die Frage: Ist die bedarfsorientierte Mindestsicherung ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Sinne von Teilhabegerechtigkeit? mit „Ja“. Ja, weil diese Mindestsicherung die Teilhabechancen durch eine materielle Mindeststandardleistung und durch die Förderung der Arbeitsmarktintegration

verbessert. Nein, weil das Niveau der Mindestsicherung nicht armutsfest ist. „Der für 2012 vorgesehene Betrag von zwölfmal 773 Euro ist von der Armutsschwelle, die für das Einkommensjahr nach EU-SILC bei 1.066 Euro lag, weit entfernt“, kritisierte Tálos.

Quelle: Alfred Einfalt

Nachbarschaft als Ressource zur Gesundheitsförderung

Gute Nachbarschaft hat unschätzbaren Wert und trägt viel zu Lebensqualität und Wohlbefinden bei. Durch Nachbarschaftsnetzwerke ist es leichter, soziale Unterstützung zu erhalten – sei es praktische Hilfestellungen im Alltag, Informationen oder emotionale Zuwendung. Psychische Belastungen durch Isolation können über Erfahrungen von Zugehörigkeit und Anerkennung verhindert oder zumindest abgemildert werden. Deshalb hat der Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) die Initiative „Auf gesunde Nachbarschaft!“ ins Leben gerufen. Eine der beiden Modellregionen ist Linz Auwiesen-Kleinmünchen, wo vom Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (VSG), unterstützt vom Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit (PGA), konkrete Nachbarschaftsinitiativen initiiert werden.

Das stadtteilbezogene Gesundheitsprojekt „Auf gesunde Nachbarschaft“ im Süden von Linz hat somit zum Ziel, den Zusammenhang zwischen funktionierenden Nachbarschaften und Gesundheit sichtbar zu machen und eine aktive und funktionierende Nachbarschaft zu fördern. Mit der Auftaktveranstaltung am 19. November wollten die Projektbetreiber möglichst viele Akteure aus dem Gesundheits-, Sozial-, Kommunal- und Wohnbaubereich sowie Akteure speziell aus Linz/Kleinmünchen, z.B. VertreterInnen verschiedener

Vereine, Organisationen, Einrichtungen und andere Interessierte, ansprechen. Das Thema Nachbarschaft als Ressource zur Gesundheitsförderung sowie die geplanten Projektaktivitäten wurden dabei dem Publikum näher gebracht.

Die Begrüßung nahmen die Linzer Vizebürgermeisterin Christina Dolezal und Gesundheitsminister Alois Stöger vor. Mit dem Projekt „soll der Zusammenhalt im unmittelbaren Lebensumfeld gestärkt werden,“ betonte der Gesundheitsminister, „denn die psychosoziale Gesundheit zu fördern ist von großer Bedeutung, da psychische Belastungen und Krankheiten immer mehr zum Thema werden“. Ablesen könne man das an der steigenden Zahl von Krankenständen und Medikamenten-Verschreibungen oder den Gründen für die Inanspruchnahme von Invaliditätspensionen. Vizebürgermeisterin Dolezal verwies auf ein bereits bestehendes Beispielprojekt, den Nordic Walking-Treff im Linzer Franckviertel. Dadurch würde neben der physischen Gesundheit auch das Zusammenleben im Quartier gefördert und potenziellen Konflikten vorgebeugt.

Die Linzer Sozialamtsleiterin Brigitta Schmidberger gab einen Überblick über die Angebotspalette des neuen Stadtteilzentrums in Auwiesen: Vorgesehen sind Außenstellen der Wohnungsgenossenschaft GWG sowie der städtischen Sozialverwaltung, die Sozialberatung und Erziehungshilfe anbietet. Außerdem werden sich mehrere StadtteilarbeiterInnen bemühen, Akzente vor Ort zu setzen und insbesondere Unterstützung bei Konflikten im Wohnumfeld anzubieten. Angestrebt wird zudem eine Vernetzung der diversen Akteure (s.o.) im Stadtteil.

Nachbarschaft als Ort, wo Gesundheit entsteht und gefördert wird

Ein thematischer Input erfolgte durch Karin Mezgolich vom VSG, die zudem über die konkreten Projektinhalte und geplanten Aktivitäten des bis Dezember 2013



Der Stadtteil Auwiesen im Süden von Linz ist eine Modellregion des Projekts „Gesunde Nachbarschaft“. Quelle: Karin Mezgolich

laufenden Projekts berichtete. Zu einer Nachbarschaft gehören jene Menschen, die in einem bestimmten Wohngebiet wohnen und durch räumliche Nähe und/oder durch alltägliche Begegnungen miteinander verbunden sind. Ebenso zählen Bildungseinrichtungen, Organisationen und Vereine, Supermärkte, Lokale etc. dazu, die in dem Stadtgebiet angesiedelt sind.

Wie sich Nachbarschaften gestalten, hängt von verschiedenen Kriterien ab. Objektive Kriterien sind z.B. die Größe der Siedlung bzw. der Wohnanlage, bauliche und architektonische Merkmale (z.B. dünne Wände, beengte Wohnverhältnisse,...), die soziodemografische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung oder die Ausstattung der Wohnumgebung (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Bildungseinrichtungen, Grünflächen). Zu den subjektiven Kriterien zählen z.B. die eigene Wahrnehmung des Wohnumfeldes oder die eigene Wohnzufriedenheit. Nachbarschaft wird im städtischen Bereich u.a. auf Grund der räumlichen Nähe und durch die durchmischte Bevölkerungsstruktur anders gelebt als am Land. Diese Vielfalt kann einerseits zu Problemen führen, etwa wenn unterschiedliche Interessen und Bedürfnislagen von Jugendlichen, Familien und SeniorInnen auf begrenztem Raum aufeinanderprallen. Andererseits kann gerade diese Heterogenität als Stärke und Ressource betrachtet und genutzt werden.

Wie kann sich eine aktiv gelebte und funktionierende Nachbarschaft auf die Gesundheit auswirken oder anders gefragt, was ist eine „gesunde“ Nachbarschaft? Im Projekt wird von einer umfassenden, ganzheitlichen Vorstellung von Gesundheit ausgegangen, also von einem Zusammenspiel von körperlichen, psychischen, seelischen und sozialen Komponenten: von körperlichen Voraussetzungen, von persönlichen Fähigkeiten, von inneren psychischen Anteilen, von persönlichen Bewältigungsstrategien, von sozialen Netzwerken und Beziehungen, Familie sowie

von sozio-ökonomischen Bedingungen (Wohnqualität, Arbeitsplatz, Umwelt etc.). Gesundheit und Wohlbefinden hängen stark mit dem subjektiven Gefühl und der eigenen Wahrnehmung zusammen und sind als eine Interaktion zwischen Mensch und seiner Umwelt zu verstehen.

Dabei spielen sowohl die persönlichen Anteile als auch die Umwelteinflüsse (im Sinne von Lebensumwelt) eine wesentliche Rolle und beeinflussen das Gesundheitsbefinden. Gesundheit entsteht also im sozialen Lebensraum, in den jeweiligen Lebens- und Arbeitswelten der Menschen: In Städten, Gemeinden, im eigenen Zuhause, in der Nachbarschaft, in der Wohnumgebung. Die enge Bindung zwischen Mensch und Umwelt bildet die Grundlage für einen sozialökologischen Weg zur Gesundheit.

Mit dem Projekt „Auf gesunde Nachbarschaft“ sollen zum einen Nachbarschaften gefördert und zum anderen vorhandene Ressourcen und Stärken im Wohnumfeld bewusst gesehen und erlebt werden. Dabei liegt der Fokus im unmittelbaren Wohnumfeld darin, zu erfahren, wie sich Beziehungen und Begegnungen hier gestalten. Durch gegenseitige Unterstützung entsteht auch ein Gefühl der Sinnhaftigkeit, wenn man für andere da sein und Hilfe leisten kann. Ein aktives soziales Netzwerk kann vor Vereinsamung schützen, was

vor allem für Ältere und bei Menschen, deren Mobilität eingeschränkt ist, von Bedeutung ist. Gleichzeitig können die Umsetzung von gemeinsamen Ideen und gemeinsame Aktivitäten ebenfalls zur Stärkung von Nachbarschaften beitragen.

Die ProjektbetreiberInnen wollen mithin ein Bewusstsein für das Thema und den Zusammenhang von unterstützenden Nachbarschaften und Gesundheit schaffen sowie Informations- und Aufklärungsarbeit bei den Institutionen, Vereinen und BewohnerInnen im Stadtteil Auwiesen-Kleinmünchen leisten. Weiters wollen sie mit dem Projekt BewohnerInnen und AkteurInnen im Stadtteil dafür begeistern, sich aktiv an angebotenen Aktionen zu beteiligen oder eigene Ideen mit der Unterstützung der ProjektmitarbeiterInnen umzusetzen. Auch geht es darum, den Informations- und Ressourcenaustausch sowie Weiterbildungsmöglichkeiten im Stadtteil anzuregen.

„Zündende Ideen“ gefragt

Im Rahmen von „Auf gesunde Nachbarschaft!“ sind die BewohnerInnen von Auwiesen-Kleinmünchen somit eingeladen, aktiv zu werden und eine Nachbarschaftsinitiative umzusetzen. Bis zu 300 Euro Budget gibt es für Material, Ausgaben wie z.B. Raummieten sowie den Kurzbericht und die Fotos von der Aktivität. Voraussetzung für die Förderung sind laut VSG-Geschäftsführerin Susanna Rothmayer „eine zündende Idee und mindestens zwei Personen, die in ihrer Wohnumgebung und ihrer Nachbarschaft etwas zum Positiven verändern wollen. Wir unterstützen Interessierte bei der Ideenfindung und der Planung

der Umsetzung.“ Der Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit (PGA) bringt sein Know-How bei der Abwicklung von Gesundheitsförderungs-Projekten ein. „Wir arbeiten eng mit dem VSG zusammen, damit viele gute Nachbarschafts-Initiativen umgesetzt werden und der soziale Zusammenhalt und damit die Gesundheit bestmöglich gefördert wird“, so Heinz Eitenberger, Geschäftsführer des PGA.

Die Arbeit des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ), der die Initiative ins Leben gerufen hat, zielt darauf ab, die Gesundheit zu erhalten, bevor Krankheiten eintreten. Umgesetzt wird das, indem die gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuellen Ressourcen, die die Menschen gesund halten, gestärkt werden, sagte FGÖ-Leiterin Christa Peinhaupt. Dies geschieht durch die Förderung entsprechender Projekte, Information und Aufklärung sowie Fort- und Weiterbildungsaktivitäten. Im Seminarprogramm wird künftig verstärkt die psychosoziale Gesundheit fokussiert, da Menschen, die sich sozial isoliert fühlen, in der Regel auch einen schlechteren Gesundheitszustand aufweisen. „Durch die Initiative in Linz Auwiesen-Kleinmünchen wollen wir zeigen, wie gesunde Nachbarschaften geknüpft werden können. Die gesammelten Erfahrungen werden es interessierten Organisationen in anderen Regionen leichter machen, selbst entsprechende Nachbarschaftsaktivitäten ins Leben zu rufen,“ so Peinhaupt. [hs]

Quelle: VSG. Nähere Informationen:
www.gesunde-nachbarschaft.at

Präventionsprogramm beugt Übergewicht vor

WissenschaftlerInnen des Universitätsklinikums Heidelberg entwickelten ein Konzept zur Adipositas-Prävention für Grund- und FörderschülerInnen.

„Das ist gesund“ bekamen Grund- und Förderschüler beim Präventionsprogramm „Gesund in die Zukunft“ nicht zu hören. Vielmehr war es das Ziel der ÄrztInnen sowie Sport- und ErnährungswissenschaftlerInnen des Zentrums für Kinder- und Jugendmedizin Heidel-

berg, Kindern spielerisch eine sinnvolle Ernährung näherzubringen und Spaß an der Bewegung zu fördern. Die Auswertung hat nun gezeigt: Das bisher einmalige, sechsmonatige Programm beugt Übergewicht bei den Schülern nachhaltig vor. Zwei Jahre nach Abschluss sind in der Projektgruppe deutlich weniger Kinder übergewichtig als in der Kontrollgruppe, die nicht am Programm teilgenommen hat. Die Dietmar Hopp Stiftung hat das Projekt mit einer Förderung von 640.000 Euro ermöglicht.

„Es war uns wichtig, ein Konzept zu entwickeln, das ohne großen Aufwand an den Schulen etabliert werden kann“, erklärt Projektleiterin und Ernährungswissenschaftlerin Silke Lichtenstein. Daher nutzte das Team vorzugsweise vorhandene Ressourcen, z.B.



Das Präventionsprogramm „Gesund in die Zukunft“ bringt den Kindern eine sinnvolle Ernährung näher.
Quelle: Universitätsklinikum Heidelberg/idw

Ideen und Lehrmaterialien, die der AID Informationsdienst für Ernährung oder der Hessische Sportbund zur Verfügung stellen. Daraus wurden verschiedene Lehreinheiten erarbeitet, ein Grundgerüst mit Gestaltungsmöglichkeiten für die LehrerInnen vor Ort, das für diese flexibel handhabbar ist.

Spielerische Beschäftigung mit dem Thema „Ernährung“

Das Programm beinhaltet eine Ernährungseinheit pro Monat, die in den Unterricht integriert wird, anderthalb Stunden Bewegungstraining pro Woche, die außerhalb des Unterrichts beliebig aufgeteilt werden können, sowie einen thematischen Elternabend pro Monat. Die Kinder näherten sich dem Thema „Ernährung“ mit Liedern, Spielen, Verkostungen und Bastelaktionen. Darüber hinaus schulten Bewegungsspiele Körperwahrnehmung und Geschicklichkeit. Die Eltern erhielten Informationen und praktische Tipps u.a. zu Bio-Lebensmitteln, Bewegung, Esskultur, Gesundheit oder Sinn und Unsinn von Nahrungsergänzungsmitteln.

An der Studie nahmen 444 Erst- und Zweitklässler aus insgesamt neun Grundschulen im Rhein-Neckar-Kreis teil. Zu Beginn erfassten die Kinderärzte des Universitätsklinikums Gewicht, Größe, Blutdruck, Tail-

len- und Hüftumfang der Kinder. Die Schüler wurden zufällig und klassenweise in zwei Gruppen eingeteilt: 249 Kinder durchliefen in ihrer Klasse das Präventionsprogramm, die übrigen 195 Schüler bildeten die Vergleichsgruppe, die nur an den Folgeuntersuchungen nach einem und nach zwei Jahren teilnahm.

Grundschulalter ist eine kritische Phase für späteres Übergewicht

Zu Beginn des Programms waren insgesamt 64 Kinder im Alter zwischen sieben und acht Jahren übergewichtig. „Gerade das Grundschulalter ist eine kritische Phase für späteres Übergewicht und Adipositas“, erklärt Jürgen Grulich-Henn, Oberarzt am Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin und Leiter der Studiengruppe. „In dieser Zeit entscheidet sich häufig, wer später unter Gewichtsproblemen leidet.“ Wichtig ist neben einer kindgerechten Ernährung ausreichend Bewegung: „Ein- oder zweimal in der Woche Sport gleicht die bewegungsfreie Zeit in der Schule oder vor dem Fernseher nicht aus, wenn diese überwiegt“, ergänzt Silke Lichtenstein. „Empfohlen ist eine halbe Stunde Sport pro Tag“.

Die Anregung zu mehr Bewegung und bedarfsgerechten Essgewohnheiten zeigte Wirkung: Im Verlauf von zwei Jahren sank der Anteil übergewichtiger Kinder in der Projektgruppe von rund 18 auf 13 Prozent signifikant ab, während er in der Kontrollgruppe anstieg. „Damit haben wir erstmals wissenschaftlich belegt, dass ein schulbasiertes Präventionsprogramm bei Grundschulern das Risiko, Übergewicht zu entwickeln, anhaltend senkt“, sagt Grulich-Henn. Die Ergebnisse werden vermutlich mittelfristig Auswirkungen auf die Gestaltung von Unterrichtsplänen an Grundschulen haben.

Gleichzeitig entwickelte das Team des Zentrums für Kinder- und Jugendmedizin das Programm „Gesund in die Zukunft – plus“ für SchülerInnen der fünften Klassen in Förderschulen – das erste Programm zur Prävention von Übergewicht für diese Schulart. Das Pilotprojekt mit 16 SchülerInnen verlief erfolgreich, sowohl LehrerInnen wie SchülerInnen zeigten sich engagiert und motiviert. Das Konzept gleicht dem Programm für Grundschulen, berücksichtigt allerdings die besonderen Bedürfnisse von FörderschülerInnen.

Quelle: Annette Tuffs: „Gesundheit“ auf dem Stundenplan beugt Übergewicht vor. Pressemitteilung des Universitätsklinikums Heidelberg, 13.09.2011

Soziale Spaltung in deutschen Großstädten nimmt zu

Zwar ist die Arbeitslosigkeit in deutschen Städten insgesamt rückläufig, die sozialräumliche Spaltung zwischen Arm und Reich (Segregation) nimmt jedoch zu. Insbesondere die Kinderarmut konzentriert sich zunehmend in bestimmten Stadtteilen. Eine Verdrängung der von Armut betroffenen Haushalte mit Kindern in die Großwohnsiedlungen am Stadtrand ist mittlerweile nachweisbar. Städte im Süden Deutschlands sind davon weniger betroffen als Städte im Norden, Westen und Osten.

Diese alarmierende Entwicklung wird aus einem Städtevergleich deutlich, den das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit Professor Hartmut Häußermann im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV) des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat. In einem Kooperationsprojekt mit 19 deutschen Großstädten, (Berlin, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Halle, Hamburg, Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Koblenz, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Oberhausen, Saarbrücken und Stuttgart) wurde die Entwicklung der Jahre 2007 und 2009 miteinander verglichen. Untersucht wurde die Situation der Arbeitslosigkeit, der Kinderarmut und des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Hinblick auf eine Ungleichverteilung innerhalb einer Stadt.

Die Ungleichverteilung lässt sich in den untersuchten Städten in unterschiedlichem Ausmaß nachweisen: am wenigsten in Frankfurt/Main, München, Stuttgart, Karlsruhe sowie Oberhausen und Mainz. Im Mittelfeld liegen Düsseldorf, Heidelberg, Koblenz, Mannheim, Nürnberg und Saarbrücken. Am stärksten konnte die Ungleichverteilung in Berlin, Bremen, Dortmund, Hamburg, Halle, Köln und Leipzig beobachtet werden.

In fast allen Städten gibt es Stadtteile, in denen die Kinderarmut entgegen der allgemeinen Entwicklung noch weiter ansteigt. Diese Stadtteile liegen meist am Stadtrand und sind durch eine Bebauung mit Großwohnsiedlungen oder Gebäuden der 1950er-/1960er-Jahre gekennzeichnet. Zu vermuten ist, dass sich Aufwertungsprozesse derzeit innerstädtisch vollziehen und zu dieser Entwicklung beitragen. Während Ungleichverteilung und Spaltung im Zusammenhang mit Kinderarmut teilweise weiter ansteigen, konnten im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit oft Angleichungen der einzelnen Stadtteile festgestellt werden.

Für die Politik ergibt sich daraus Handlungsbedarf in mehrfacher Hinsicht: Es ist notwendig, diese Entwicklungen künftig laufend zu beobachten, mögliche Negativentwicklungen frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Gebiete, in denen der Anteil benachteiligter Menschen konstant hoch ist bzw. weiter steigt, benötigen eine dauerhafte Förderung – nicht zuletzt erbringen diese Integrationsleistungen für die Gesamtstadt. Die Programme der Städtebauförderung, insbesondere „Soziale Stadt“, haben vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung.

Es ist aber auch wichtig, den Blick für die Gesamtstadt zu stärken, so die StudienautorInnen: Soziale, demographische und wirtschaftliche Entwicklungen sind eng miteinander verknüpft und im Sinne einer solidarischen Politik und eines friedlichen Miteinanders für die Gesamtstadt zu steuern. Zentraler Bestandteil hierbei ist die Wohnungspolitik. Bezahlbaren Wohnraum für benachteiligte Bevölkerungsgruppen bereitzustellen, wird als eines der wichtigsten Instrumente erachtet, um der Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen sowie der Verdrängung armer Menschen an den Stadtrand entgegenzuwirken.

Jan Dohnke, Antje Seidel-Schulze, Hartmut Häußermann: Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009

Bd. 4/2012. 140 Seiten, EUR 18,00

Bestellung über: <http://www.difu.de/publikationen> oder verlag@difu.de

Soziale Arbeit im ländlichen Raum

Eine Gruppe Lehrender des Studienbereichs Soziale Arbeit der Fachhochschule Hildesheim/Holzwinden/Göttingen hat ein Buch mit dem Titel „Soziale Arbeit in ländlichen Räumen“ herausgegeben. Der Band versammelt eine Reihe von Beiträgen, die aus verschiedenen Perspektiven die strukturellen Besonderheiten in den Blick nehmen, die sich für Soziale Arbeit aus der ländlichen (Rand-)Lage ergeben.

Idee und Anliegen des HerausgeberInnenteams ist es, mit diesem Buch Grundlagen vorzunehmen und zugleich Zugänge zur sozialen Praxis in ländlichen Räumen zu ermöglichen. Angesprochen werden damit sowohl VertreterInnen aus Disziplin und Profession als auch MultiplikatorInnen aus angrenzenden interdisziplinären sowie gesellschaftlichen Kontexten.

Ausgangspunkt der Überlegungen zu diesem Sammelband war, dass Soziale Arbeit auf dem Land häufig

nur in Bezug auf städtische Zusammenhänge verstanden und damit zum „Abziehbild“ städtischer Entwicklungen wird. Entsprechende Entwicklungslinien nachzuzeichnen und zugleich Eigendynamiken, Besonderheiten sowie natürlich auch Gemeinsamkeiten aufzuzeigen, ist das Anliegen dieses Bandes. Hierbei wird keine Vollständigkeit angestrebt, durchaus jedoch der Anspruch erhoben, aktuelle Erkenntnisse für Disziplin und Praxis auf Grundlage des Forschungsstandes möglichst umfassend abzubilden.

Stefanie Debiel, Alexandra Engel, Ina Hermann-Stietz, Gerhard Litges, Swantje Penke, Leonie Wagner (Hg.): Soziale Arbeit in ländlichen Räumen Verlag für Sozialwissenschaften VS/ Springer Fachmedien, Wiesbaden 2013, 311 Seiten, EUR 41,10

Verborgener Hunger droht

Sie „hungern“, obwohl sie jeden Tag satt werden. Weltweit sind 2,5 Milliarden Menschen vom sogenannten verborgenen Hunger betroffen – nicht nur in Entwicklungsländern. Meist bleibt der Hunger unbemerkt, weil die Menschen nicht am Hungergefühl leiden. Reicht das Einkommen für eine ausgewogene und abwechslungsreiche Ernährung nicht aus, so können lebenswichtige Nährstoffe in der täglichen Kost fehlen. Auch in Industrienationen gibt es den verborgenen Hunger, besonders dort, wo Armut herrscht. Das betrifft beispielsweise alleinerziehende arbeitslose Mütter und ihre Kinder oder verarmte SeniorInnen.

„Das Thema ist offensichtlich nicht von öffentlichem Interesse, es ist eben verborgen“, erklärt der Managing Direktor des Food Security Center, Professor Hans Konrad Biesalski von der Universität Hohenheim. Er hat dem verstörenden Phänomen sein neuestes Buch gewidmet. „Armut und der sogenannte verborgene Hunger sind untrennbar miteinander verbunden“, warnt Biesalski. Mit dem Entwicklungsstand eines Landes habe dies nicht immer etwas zu tun, wie Studien aus Großbritannien und den USA zeigten.

Die Folgen des verborgenen Hungers: eine oft chronische Unterversorgung mit lebenswichtigen Nährstoffen, wie zum Beispiel Vitamin A, Folsäure, Vitamin D, Eisen, Zink, Jod oder lebenswichtigen Eiweißbausteinen bzw. Fettsäuren. Besonders häufig betroffen sind Kinder aus armen Familien.

Eine solche Unterversorgung wird, weil sie sich lange nicht bemerkbar macht, auch als verborgener Hunger bezeichnet. Dieser hat bei Kindern in den ersten Le-

bensjahren erhebliche und oft unumkehrbare Folgen für deren körperliche und geistige Entwicklung.

Auch die Weltgesundheitsorganisation WHO und die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO warnen: Weltweit seien 2,5 Milliarden Menschen, vor allem Kinder, vom verborgenen Hunger betroffen. „Selbst eine nur kurzfristige Lebensmittelknappheit durch steigende Preise oder Dürren kann vor allem bei chronisch unterernährten Kindern fatal sein“, sagt Professor Biesalski.

Im Schnitt stürben alle 20 Minuten 130 Kinder weltweit an den direkten oder indirekten Folgen des verborgenen Hungers, noch vor dem fünften Lebensjahr. Oft werden die Kinder mangelernährt geboren, da bereits die Mutter an verborgenem Hunger leidet.

Bis zu 16 Millionen Menschen in Deutschland sind arm. Das hat der Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz kurz vor Weihnachten ermittelt. Im Armutsbericht der deutschen Bundesregierung werde das Problem der ungesunden Ernährung von Kindern aus armen Familien zwar erwähnt, aber nicht weiter erörtert oder gar untersucht, bedauert Biesalski.

„Diese Menschen haben in vielen Fällen nicht genug Mittel und auch Wissen, um sich ausgewogen und vielfältig zu ernähren“, erläutert der Ernährungsmediziner. „Der verborgene Hunger wird übersehen, solange die Betroffenen scheinbar satt sind. Ob die Qualität der Ernährung für eine gesunde Entwicklung ausreichend ist, wird dabei oft kaum berücksichtigt“, gibt Biesalski zu bedenken.

In seinem neuen Buch versucht der Wissenschaftler, diesen Hunger aus seiner Verborgenheit zu holen. Auf über 300 Seiten beschreibt und untersucht der Forscher das verstörende Phänomen, stellt die Ursachen (Biotreibstoffe, Preise, Spekulationen und Landraub) und die schwerwiegenden Folgen des verborgenen Hungers vor und erörtert, mit welchen Maßnahmen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hier aktiv werden müssten.

*Hans Konrad Biesalski:
Der verborgene Hunger.
Satt sein ist nicht genug
Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg 2013
307 Seiten, EUR 25,60
Auch als E-Book erhältlich.*

Armut und Gesundheit

Der Kongress Armut und Gesundheit steht dieses Jahr unter dem Motto „Brücken bauen zwischen Wissen und Handeln – Strategien der Gesundheitsförderung“. Der Kongress thematisiert in zahlreichen Einzelveranstaltungen Strategien zur Verbesserung der Gesundheitschancen sozial Benachteiligter.

Termin und Ort: 6. – 7. März 2013; Technische Universität Berlin, Hauptgebäude
Information: www.armut-und-gesundheit.de/

Von der Jugendwohlfahrt zur modernen Jugendhilfe?

Die tagesaktuelle Berichterstattung zur Jugendwohlfahrt ist häufig von unreflektierten Skandalisierungen, teils leider auch von berechtigter Kritik, gekennzeichnet. Zugleich stoßen fachliche Entwicklungen Sozialer Arbeit in vielfacher Weise an Grenzen: So finden z.B. Innovationen in der Praxis zwar statt, werden aber zu wenig wahrgenommen. Woran hakt es? Und welche professionellen Ansätze gibt es und sind verfolgenswert?

Termin und Ort: 11. März 2013, 19.00 – 21.00 Uhr; Depot Breite Gasse 3, 1070 Wien

Finanzmarktkapitalismus – Arbeit – Innovation

Die Finanzmarktkrise und die durch staatliche Krisenbewältigungsversuche maßgeblich mitausgelöste Staatsschuldenkrise haben zuletzt die fatale Rolle der Investmentbanken und die Frage der Regulierung der Finanzmärkte in den Vordergrund gerückt. Durch diese Akzentverschiebung ist die Einflussnahme von Finanzmarktakteuren auf „produzierende“ Unternehmen (Stichwort: „Shareholder Value“) etwas aus dem Blickfeld geraten: Welche Wirkungen hat diese Einflussnahme tatsächlich? Welche Auswirkungen auf die Entwicklung von Arbeit und Beschäftigung sind von ihr zu erwarten? Diese Themen werden bei der 2. SOFI-Tagung „Work in Progress“ behandelt.

Termin und Ort: 12. – 13. März 2013; Universität Göttingen, Tagungszentrum an der Sternwarte
Information: www.sofi-goettingen.de

Geld regiert die Welt – Wer regiert das Geld?

Wolfgang Kessler hat Anfang der 1980er Jahre als Wirtschaftsexperte beim Internationalen Währungsfonds gearbeitet. Jetzt erzählt der Ökonom und Journalist, wie es zum Finanzchaos kam, wie die Politik dieses Chaos erst möglich machte, welche Geburtsfehler den Euro bedrohen – und wie wir aus dem Schlamassel wieder herauskommen.

Termin und Ort: 13. März 2013, 20.15 Uhr; Cardijn Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Früherkennung und Frühintervention in der Suchtprävention und offenen Jugendarbeit

Früherkennung und Frühintervention finden im Spannungsfeld zwischen Hilfe und Kontrolle statt. Neben ethischen Aspekten stellt sich die Frage, wer jetzt bei wem, aufgrund welcher Auffälligkeiten und vor allem wie intervenieren soll. Diese Fragestellungen werden im Rahmen der Veranstaltung beleuchtet.

Termin und Ort: 19. März 2013, 9.00 – 17.00 Uhr; Fachhochschule OÖ, Campus Linz, Garnisonstraße 21

Karl Spielbüchler-Gedächtnis-Tagung

Bei der 48. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Arbeitsrecht und Sozialrecht stehen wieder aktuelle arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Problemkreise auf dem Programm. Konkret werden Vorträge zu den Themen Antidiskriminierung, Gleichheit und Gleichbehandlung, Verfall und Verjährung im Arbeitsrecht, Systemfragen der geminderten Arbeitsfähigkeit und Transportleistungen in der Sozialversicherung gehalten.

Termin und Ort: 21. – 22. März 2013; Ferry Porsche Congress Center, Zell am See, Brucker Bundesstraße 1a
Anmeldung: Tel. 0732 2468 8270, Fax DW 28270, e-mail: astrid.boenisch@jku.at

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:

Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Tel.: 0732 2468 7168

Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at

Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste

Aboservice, Sekretariat: Carmen Schacherreiter, Tel. 0732 2468 7161

Fax DW 7172 Mail: carmen.schacherreiter@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder, Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte, die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung und Entscheidung über die Veröffentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, MEP

Em. Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;

StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;

Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70

Alle Preise inklusive Versand.

Gratis Probeabo für drei Monate

Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453

BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT972032007500002453